

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit

www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Klimaresiliente Infrastruktur

Die Wetterextreme in Österreich erfordern einen neuen Blick auf die Daseinsvorsorge. Damit Wohnen, Mobilität und Energie sicher bleiben, braucht es eine widerstandsfähige Infrastruktur. Öffentliche Investitionen und klimagerechte Planung entscheiden heute darüber, wie lebenswert unser Morgen wird.

© Alexander Gauss | Unsplash

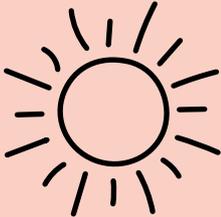
- „Wir fahren gemeinsam“ – Mehr Beteiligung für die Mobilitätswende **SEITE 22**
- Kein Geld für gutes Essen – Tabuthema Ernährungsarmut **SEITE 24**
- Klimakiller Aufrüstung – Geld für Panzer statt für Klimaschutz? **SEITE 26**
- Weder zu viel noch zu wenig – Gleichgewicht bringt Gerechtigkeit **SEITE 28**
- Schnellbusse für Salzburg? – Aktuelle Studie zeigt Vorteile auf **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

WUM-o-meter

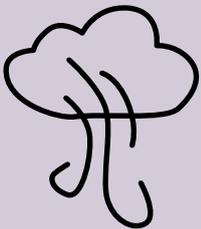
Die WUM-Redaktion misst bei aktuellen Entwicklungen aus Wirtschaft und Umwelt nach.



BRENNENDE HITZE Die Reichen sind das Problem

Zwischen 1990 und 2020 verursachte das reichste Prozent der Weltbevölkerung allein rund ein Fünftel aller Treibhausgas-Emissionen. Eine erstaunliche „Leistung“ für diesen vergleichsweise kleinen Personenkreis. Zwei Drittel aller Emissionen entfallen auf die

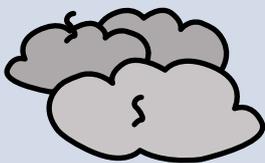
reichsten zehn Prozent. Zu diesen gehören übrigens die reichsten 40 Prozent Österreichs. Die Wohlhabenden und Mächtigen dieser Welt haben offenkundig kein Interesse am Klimaschutz, weil sie selbst am meisten einsparen müssten. **HH**



FALLWINDE Tempo 100 - Landesregierung verschafft ihren Autofahrer:innen Luft

Am Karfreitag hat der steirische Landeshauptmann sein Land von der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h auf der Pyhrn- und Südautobahn „befreit“ (Wortlaut des Landsvaters Mario Kunasek). Die strengeren Grenzwerte, die aufgrund von EU-Vorgaben

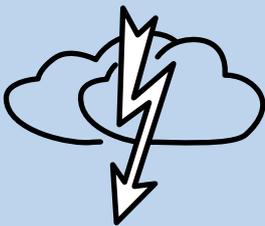
ab 2030 gelten und auf die sich die Verantwortlichen eigentlich schon jetzt vorbereiten müssten, wären ohnehin selbst mit dem „Luft-hunderter“ nicht erreichbar. „Befreiung nach Kunasek-Art“ heißt erst mal kräftig Gas geben, spätestens 2030 kommt die Vollbremsung. **FG**



SCHLECHTE LUFT EU lässt Green Deal in Rauch aufgehen

Nach Protesten von Landwirt:innen hat die Europäische Kommission mehrere Umweltvorschriften zurückgenommen, darunter sechs der neun subventionsgebundenen Umweltbedingungen. Den EU-Landwirtschaftsminister:innen war selbst das zu wenig. Sie dräng-

ten auf weitere Änderungen – mit Erfolg. Nun plant die Kommission die letzten Verbindungen zwischen EU-Agrarsubventionen und dem Green Deal zu kappen. Eine Anpassung der Landwirtschaft an Klima- und Umweltgesetze scheint wohl nicht mehr nötig. **SI**



GEWITTER VW und der Dieselskandal

Nach dreieinhalb Jahren Verhandlungsdauer ging der Prozess gegen vier VW-Manager und -Techniker zu Ende. Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Wolfsburg verhängte mehrjährige Haft- und Bewährungsstrafen. Ex-VW-Boss Martin Winterkorn hingegen

schafft es seit 2020 mithilfe von ärztlichen Attesten, als prozessunfähig zu gelten. Über die zig Millionen Autos, die wegen „gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs“ aus dem Verkehr hätten gezogen werden müssen, redet ohnehin niemand mehr. **FG**



NEBEL Dosenpfand will erkannt werden

Seit dem 1. Jänner 2025 gibt es in Österreich ein Einwegpfand auf Plastikflaschen und Dosen. In den ersten drei Monaten wurden bereits 36 Millionen Gebinde zurückgegeben. Wie hoch der sogenannte „Pfandschlupf“ – also die Menge an Flaschen und Dosen, für

die Pfand bezahlt wurde, die aber nie zurückgegeben wurden – sein wird, ist noch unklar. Jedenfalls wissen zu viele Konsument:innen nicht, wie man Pfandflaschen erkennt. Hätten Sie das Pfandsymbol (siehe links) inmitten von Nebelschwaden erkannt? **LW**

Inhalt

Ein Land im Ausnahmezustand

In Österreich steigen die Extreme – auf Dürre folgt Hochwasser – deshalb gilt es jetzt Resilienzen auszubilden. Seite 10

Sicherheit geben in unsicheren Zeiten

Die Krisen sollten Aufforderung sein, einen Infrastrukturstaat für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge zu schaffen. Seite 14

Bürgermeister Rainer Handfinger im Interview

Seite 16

Renaturierung im Sinne der Resilienz

Ein vorausschauender Umgang mit Hochwasserrisiken bietet Chancen für eine bessere Daseinsvorsorge. Seite 17

Beteiligung schafft Gegenmacht

„Wir fahren gemeinsam“ für die sozial gerechte Mobilitätswende Seite 22

Gesund und klimafreundlich essen

Ernährungsarmut gefährdet Menschen in Österreich Seite 24

Klimakiller Aufrüstung

Enorme Gelder für Rüstung, aber keine für Klimaschutz? Seite 26

Viel zu viel und viel zu wenig

Ohne Gleichgewicht keine Gerechtigkeit Seite 28

Schnellbusse für Salzburg

Eine Studie belegt die Vorteile von neuen Busspuren Seite 30

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	08
Kommunikation	32
Kontroverse	34

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber

Wirtschaft & Umwelt ist ein Organ der Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien
E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at Telefon 01/501 65

Redaktion Lukas Oberndorfer (Chefredakteur) LO, Frank Jödicke (Koordinierender Redakteur, Chef vom Dienst) FJ, Okiemute (Moony) Akpuma (Trainee) OA, Doris Artner-Severin DA, Judith Fitz JF, Franz Greil FG, Thomas Hader TH, Heinz Högelsberger HH, Max Knapp MK, Stefanie Pressinger PR, Astrid Schögl AS, Sabine Stelczenmayr SA, Christoph Streissler CS, Iris Strutzmann SI, Lisa Weinberger LW

Sekretariat Sabrina Pochop SP (DW 12404)

Konzeption Jakob Fielhauer, fielhauer.at

Layout & Infografik Julia Stern JS, design@scheresternpapier.at

Druck gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben

nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.

Offenlegung gemäß Mediengesetz §25: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum



produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Gugler GmbH, UW-Nr. 609, www.gugler.at



Sicher, Kreislauffähig, Klimafreundlich. GZC Certified SILBER by gugler® druckimprint



klimafreundlich gedruckt

Klimaresiliente Infrastruktur

Die Klimakatastrophe ist auch in Österreich angekommen. Dadurch gerät unsere Infrastruktur zunehmend unter Druck. Es ist höchste Zeit, in eine widerstandsfähige Daseinsvorsorge zu investieren.



Von Lukas Oberndorfer

In der bekannten Katastrophendramaturgie rast ein Meteorit auf die Erde zu, es bricht ein Atomkrieg aus oder ein Supervirus breitet sich aus. All diese Erzählungen haben etwas gemeinsam: Die Katastrophe vollzieht sich schnell. Auch die Klimaerhitzung schreitet durchaus schneller voran als erwartet. In den nächsten fünf Jahren müssen wir bereits mit weltweiten Durchschnittstemperaturen rechnen, die 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegen. Dieser Anstieg hat aber noch lange nicht die Geschwindigkeit eines Meteoriteneinschlags.

Darin liegt ein Nachteil verborgen, denn Menschen unterschätzen die Auswirkungen vergleichsweise allmählicher Änderungen. Deshalb sollte unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass wir gerade in eine Katastrophe schlittern. Ein enormer Vorteil liegt selbstverständlich darin, dass wir heute noch Zeit haben, uns besser vorzubereiten und zu schützen.

Das gelingt jedoch nur, wenn wir durch Klimaschutz Schlimmeres verhindern und eine krisenfeste Daseinsvorsorge aufbauen. Wohnen, Mobilität, Energie und auch Pflege müssen als staatliche Versorgungsleistungen abgesichert werden. Die durch die Erderhitzung bedingte Unsicherheit kann nicht geleugnet werden, aber mit einer gut ausgebauten Daseinsvorsorge und einer widerstandsfähigen Infrastruktur können wir Stabilität in herausfordernden Zeiten schaffen. Wer heute in Vorsorge und die Ausbildung von Resilienz investiert, sichert eine lebenswerte Zukunft für die Vielen.

Lukas Oberndorfer

Chefredakteur der Wirtschaft & Umwelt und Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr in der AK Wien



© Pozo Eder | Unsplash

Das Kreuz mit den Öffentlichen

Rechtsabbieger Unter diesem Titel veröffentlichte Greenpeace Deutschland eine Analyse darüber, ob und wie das Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl mit der Anbindung an den öffentlichen Verkehr zusammenhängt. Das Ergebnis: Selbst wenn andere Einflussfaktoren mit einberechnet werden, zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der gesichert rechtsextremen AfD und einem schlechten Öffi-Angebot. Dieser Effekt ist im Süden und Osten Deutschlands besonders stark, aber auch im Westen gut nachweisbar. Nur im Norden ist kein Zusammenhang feststellbar. Wenn Menschen kaum Zugang zu Bus und Bahn haben, kann das ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken. Wer sich – im wahrsten Sinne des Wortes – abgehängt fühlt, empfindet oft weniger Vertrauen in die Demokratie und ist eher für rechtspopulistische Erzählungen offen. **HH**

Budgetkonsolidierung: Dämpfer für Mobilitätswende

Spardiktat Wie erwartet bringt das neue Budget schmerzliche Einsparungen. Der Verteuerung des Klimatickets Österreich könnten auch die regionalen Versionen folgen. Für eine sozial gerechte Mobilitätswende ist aber eine Berücksichtigung von einkommensschwachen Pendler:innen dringend erforderlich.

Mit rund 800 Millionen Euro geht der Löwenanteil der Einsparungen des Bundesministeriums für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BM IMI) zu Lasten des Bahnausbaus: Dringend notwendige Bahn-Infrastrukturprojekte sollen aufgeschoben werden.

Vier Regionalbahnstrecken sind von der Schließung bedroht. Das bringt nicht nur eine schlechtere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, sondern verpasst die Chance, Impulse für die heimische Wertschöpfung und damit Beschäftigung zu setzen, wie die kürzlich veröffentlichte AK Studie „Zug um Zug“ darlegt: „Rahmeninvestitionspläne und Zielnetz geben Planungssicherheit, das Klimaticket schafft Nachfrage nach Bahnfahrten und wirkt so auf die Bahnindustrie zurück“. **SA**



„Auf Hitzewelle mit Dürre folgt das Jahrhunderthochwasser – Österreich braucht jetzt dringend Investitionen in eine vorausschauende Daseinsvorsorge, und die kann es nur mit sicherer und guter Beschäftigung in den Vorsorgeberufen geben.“

**AK Präsidentin
Renate Anderl**

© Sebastian Philipp | BAK

Trumps Angriff auf Umweltstandards

Artenschutz Im März 2025 kündigte die US-Umweltschutzbehörde EPA unter Präsident Trump die „größte Deregulierung der Geschichte“ an. Zahlreiche Vorschriften zum Schutz von Luft, Wasser und Klima wurden gestrichen. Besonders betroffen sind sozial benachteiligte Menschen, denn umweltverschmutzende Betriebe befinden sich überdurchschnittlich oft in ärmeren Wohngebieten – ein Muster, das sich nun verschärft. Diese Ungleichverteilung ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Systems, das Umweltstandards dort aushebelt, wo Widerstand geringer und politische Macht schwächer ist.

Doch auch für die Wirtschaft birgt die Deregulierung Risiken. Zwar profitieren verschmutzende und fossile Industrien kurzfristig, gleichzeitig geraten jedoch Milliardeninvestitionen in grüne Technologien ins Wanken. Zusätzlich drohen mit der angekündigten Aufhebung des „Endangerment Finding“ (der rechtlichen Grundlage vieler Klimaschutzregelungen) eine Welle von Klagen gegen Unternehmen und Konflikte mit progressiven Bundesstaaten. Gesundheit, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität sind somit in Gefahr. **LW**

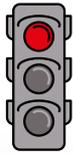


Verteuerung des Klimatickets: Eine Einsparung, die keine ist

Mobilitätswende Nachdem das Klimaticket Österreich (KTÖ) zum Jahresbeginn bereits empfindlich verteuert worden ist, sollen im August 2025 und im Jänner 2026 weitere Preissprünge folgen. Danach wird die Classic-Version 1.400 Euro kosten. Bisher war das KTÖ mit 330.000 Kund:innen eine Erfolgsgeschichte. Das könnte sich jetzt ändern, denn: Rund zwei Drittel dieser Fahrgäste haben Öffi-Kosten, die unterhalb des KTÖ-Preises liegen. Diese Kundengruppe ist vom einfachen und universellen Prinzip des Klimatickets so

überzeugt, dass sie es faktisch querfinanziert. Durch die wiederholten Preiserhöhungen könnten jetzt viele bisherige KTÖ-Nutzer:innen abgeschreckt werden und auf billigere Fahrarten umsteigen. Was die öffentliche Hand also durch die Tarifierhöhung einnimmt, würde sie auf der anderen Seite an Deckungsbeiträgen verlieren. **HH**





Vom Ziel abgekommen

Ziel 5b:
30% weniger Mikroplastik in der Umwelt

Anstieg von +7-9% in den Jahren 2016-2022



Ziel 6b:
50% weniger Müllaufkommen in den Kommunen

Abnahme von -1,5% seit 2010



Ziel ist noch möglich

Ziel 3:
25% weniger Gefährdung der Biodiversität durch Luftverschmutzung

Abnahme von -13% seit 2005



Ziel ist wahrscheinlich



Ziel 1:
55% weniger vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung

Abnahme von -45% seit 2005



Ziel 4b:
50% weniger Einsatz von chemischen Pestiziden

Abnahme von -46% seit 2015-2017



© Scott Blake | Unsplash

Raumordnung braucht mehr Verbindlichkeit

Vorsorge Der österreichische Rechnungshof hat die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) geprüft, ein Organ, das die freiwillige Koordination raumwirksamer Politik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sicherstellen soll. Das Ergebnis überrascht wenig: Die bestehende Zusammenarbeit reicht nicht aus. Ziele der Raumordnungspolitik, wie etwa die Reduktion des Bodenverbrauchs, dürfen nicht nur benannt, sondern müssen auch messbar und überprüfbar gemacht werden.

Besonders klar ist die Empfehlung nach einer rechtlichen Verankerung der ÖROK und ihrer Koordinationsfunktion. Damit soll sichergestellt werden, dass zentrale raumrelevante Entscheidungen in Zukunft nicht länger im föderalen Stillstand verharren. Ein Blick ins Ausland zeigt, wie es gehen kann: In der Schweiz ist die Abstimmung zwischen Bund und Kantonen gesetzlich geregelt, inklusive klarer Zuständigkeiten und Verfahren zur Konfliktlösung. Das bringt schnellere Genehmigungen und mehr Akzeptanz in der Bevölkerung. **LW**

Quelle: <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/zero-pollution-monitoring-and-outlook-report>

Der Weg zur Null ist noch weit

Zero Emissions Die Europäische Union hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt und will die Umweltverschmutzung bis zum Jahr 2030 stark reduzieren, sie im Idealfall eines Tages sogar ganz auf null senken. In ihrem aktuellen „Zero Emissions Report“ zieht die Union eine gemischte Bilanz. Es sind durchaus Erfolge zu verbuchen, aber auch Rückschläge festzuhalten. Teilweise muss das Erreichen der selbstgesteckten Ziele leider bereits als nahezu ausgeschlossen angesehen werden, in anderen Bereichen befindet man sich auf einem soliden Erfolgspfad und einige Ziele sind sogar schon in greifbare Nähe gerückt.

Um mit den Misserfolgen zu beginnen: Bei Plastik und Müll fährt die EU ihre schwerste „Niederlage“ ein. Eine Reduzierung der Verschmutzung durch Mikroplastik um 30 Prozent soll bis 2030 erreicht werden, aber tatsächlich nimmt das Mikroplastik in der Umwelt immer noch zu. Die angestrebte Reduzierung des kommunalen Abfalls um 50 Prozent ist ebenso in weiter Ferne, gerade einmal 1,5 Prozent Reduktion konnten bisher verbucht werden.

In der Schwebe befindet sich beispielsweise das Ziel, 25 Prozent der Ökosysteme zu schützen, in denen Luftverschmutzung die Biodiversität bedroht. Seit dem Jahr 2005 wurde immerhin ein Rückgang von bereits 13 Prozent verwirklicht. Das Ziel, die Gefahr von vorzeitigen Todesfällen durch Luftverschmutzung um 55 Prozent zu reduzieren, wurde hingegen bereits weitgehend erreicht. Hier konnte seit dem Jahr 2005 ein Rückgang um 45 Prozent ermittelt werden – ein beachtlicher Erfolg, wenn auch die Zahl der letztlich unnötigen Todesfälle immer noch hoch ist (siehe hierzu Ausgabe WUM 1.2025). Auch das Ziel, den Einsatz chemischer Pestizide um 50 Prozent zu reduzieren, ist laut EU bereits annähernd gelungen. Seit dem Jahr 2018 konnte eine Reduktion um 46 Prozent erreicht werden. Wehmutstropfen dieses Erfolgs ist der Anstieg der Pestizide im Wasser und die leider immer noch unzureichende Datenlage. **FJ**

WEITERE INFORMATIONEN





Studie

Download:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17477905/>



„Die bestehenden Finanzierungsinstrumente für kommunale Investitionen sind nur unzureichend auf Klimaschutz ausgerichtet und insgesamt nicht ausreichend.“

Gemeinden klimafit machen

Förderungen Österreichs Gemeinden fehlt nicht der Wille zum Klimaschutz, sondern die Mittel. Eine Studie in der Reihe „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ untersucht internationale Best-Practice-Beispiele und empfiehlt für Österreich die Einrichtung eines kommunalen Klimainvestmentfonds mit einem jährlichen Volumen von mindestens 500 Millionen Euro. Es gibt schließlich viel zu tun: die Sanierung kommunaler Gebäude samt Heizungstausch, der Umstieg auf erneuerbare Energien und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um nachhaltige Mobilitätslösungen zu bieten. Schätzungen zufolge benötigen Gemeinden dafür insgesamt jährlich mindestens 1,3 bis 2,2 Milliarden Euro zusätzlich. Dem steht ein aktuelles Volumen für sämtliche kommunalen Investitionen von nur 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 gegenüber. Österreich braucht ein umfassendes Gesamtkonzept und eine gezielte Mittelvergabe auf Basis konkreter Klimaziele. **FJ**



Kommentar

Klimakrise: Auf die Arbeit kommt es an!



Von Moony Akpuma

Um der Klimakrise wirksam zu begegnen, reicht es nicht, Konsumgewohnheiten zu ändern. Nicht der Verzicht formt die Zukunft, sondern die Arbeit: Was wir durch Arbeit produzieren, wird auch konsumiert. Dementsprechend müssen wir anders produzieren und die Arbeitnehmer:innen ins Zentrum des sozialen und ökologischen Umbaus stellen. Denn die kapitalistische Logik folgt dem Wachstumsimperativ und vernachlässigt systematisch planetare Grenzen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Um das zu ändern, braucht es unter anderem einen umfassenden Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung hin zu einer echten Wirtschaftsdemokratie. Arbeitnehmer:innen sollen befähigt werden, aktiv mitzuentcheiden, was, wie und für wen produziert wird.

Dabei müssen wir nicht bei null beginnen. Bereits 1919 wurde im Betriebsrätegesetz die Grundlage für betriebliche Mitbestimmungsrechte und eine demokratischere Wirtschaftsordnung gelegt. Erstmals mussten Betriebsräte und Gewerkschaften in großen Betrieben nicht nur über die Ausrichtung des Unternehmens informiert, sondern zumindest formal in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Um den sozialen und ökologischen Umbau nicht auf dem Rücken der Vielen, sondern gemeinsam mit ihnen zu gestalten, müssen diese Mitbestimmungsrechte deutlich gestärkt werden. Denn Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er demokratisch organisiert wird – durch die aktive und starke Beteiligung der Arbeitnehmer:innen.

Okiemute „Moony“ Akpuma

ist studierte Volkswirtin und absolviert das neue Trainee-Programm der AK Wien aktuell in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr.



Vor 30 Jahren

Nationalparks „Unser Land ist reich. An seltenen Tier- und Pflanzenarten genauso wie an einzigartigen Landschaften. Aber wer weiß, wie lange noch? [...] Deshalb sollten nicht nur das Gebiet Neusiedlersee/Seewinkel, die Hohen Tauern und die Nockberge zum Nationalpark erklärt werden. Weitere mögliche Nationalparks könnten die Donauauen östlich von Wien, das Thayatal in Niederösterreich, die Kalkhochalpen in Salzburg und die Kalkalpen im Süden Oberösterreichs sein.“



Vor 15 Jahren

E-Mobil „Elektromobilität, vor allem die mit Autos ist ‚in‘. Das erinnert an die erste Euphorie beim Rapsdiesel und Alkosprit. Auch Arnie [Schwarzenegger] hatte seinen Hummer mit Biodiesel betrieben und dabei ein super Ökofeeling. [...] Es führt kein Weg daran vorbei, das ganze System Auto aus ökologischer Sicht infrage zu stellen: Und da gibt's für das Verkehrsbedürfnis nur eine Alternative: den öffentlichen Verkehr – schon sind wir wieder bei der Elektromobilität. Nur diesmal mit ausgereifter Technik und ohne Reichweitenproblem: Straßenbahn und E-Lok! Warum in die Ferne surren, das Gute liegt ja so nah.“

„Wir schnüren ein Sparpaket, betreiben aber keine Austeritätspolitik“

Finanzminister Markus Marterbauer präsentierte Anfang Mai das Doppelbudget 2025/2026. Die Wirtschaft und Umwelt fragt nach, was der Sparstift für Umwelt und Verkehr bedeutet.

Sie bezeichnen die Zinszahlungen als Gefahr für das zukünftige Budget und wollen stattdessen lieber in Klimaschutz investieren. Dennoch wird am meisten im Umweltbereich gespart. Das Klimaticket wird verteuert, aber der Pendlereuro wird verdreifacht und das Dieselpprivileg bleibt. Das ist eine klare Investition in den Kfz-Verkehr, nicht wahr?

Wir investieren und subventionieren weiter umfangreich in den öffentlichen Verkehr. In den Jahren 2025 bis 2030 sind rund 19,7 Milliarden Euro für den Ausbau der Schieneninfrastruktur im ÖBB-Rahmenplan vorgesehen. Das Klimaticket wird zwar teurer, aber bleibt dennoch ein sehr attraktives Angebot und wird umfangreich mit Steuergeld gestützt. Es begeistert die Menschen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Genau diesen Kulturwandel brauchen wir. Ich hätte gerne ein Budget vorgelegt, das umfangreiche Investitionen in Klima- und Naturschutz umfasst. Aber die budgetären Umstände sind, wie sie sind. Wir müssen sparen, um den Staatshaushalt wieder zu sanieren. Und wir sind eine Koalition aus drei verschiedenen Parteien – die sich alle im Budget wiederfinden. Zum Pendlereuro: Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage. Alle Selbstständigen können, wenn sie Arbeitswege mit dem Auto machen, die Nutzung des Autos steuerlich absetzen. Unselbstständige, die ihre PKWs für die An- und Abreise zum Arbeitsplatz

brauchen, sollen das auch können. Nicht zuletzt ist beim Pendlereuro auch der öffentliche Verkehr umfasst.

„Für entscheidend halte ich die Ausweitung der öffentlichen Investitionen in eine gute Infrastruktur.“

Änderungen können durch Förderungen oder Ordnungspolitik bewirkt werden. Wenn für Förderungen das Geld fehlt, könnte dies ein Revival der Ordnungspolitik bringen? Wie könnte dies in Bezug auf Klima- und Verkehrspolitik aussehen?



Der neue Finanzminister Markus Marterbauer möchte trotz angespannter Kassenlage optimistisch in die Zukunft blicken und gestalten.

Angesichts der budgetären Lage können wir uns ungenaue und überschießende Förderungen nicht mehr leisten. Es ist ganz wichtig, alle Klimamaßnahmen auch danach zu beurteilen: Was sind die effizientesten Maßnahmen in Bezug auf die Zielerreichung? Deshalb stellen wir nun auf einen Mix an Regulierungen und der budgetären Situation angemessenen Ausgaben um. Wir schaffen so die Rahmenbedingungen für den Gasausstieg in der Raumwärme, verbessern den Bodenschutz durch rechtliche Regelungen – etwa durch die Vermeidung von Leerstand – und bringen die Dekarbonisierung im Wohnungsbestand durch Maßnahmen im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, im Wohnungseigentumsgesetz usw. voran.

Wieso ist es seit 2022 überhaupt zu einer solchen Teuerungsdynamik gekommen?

Österreich hat sich seit 2022 – auch im Vergleich mit anderen EU-Ländern – schlecht geschlagen. Das Niveau der Verbraucherpreise ist innerhalb von nur drei Jahren um fast 20 Prozent gestiegen. Die schwache Leistung von Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Teuerungskrise ist auch die wichtigste Ursache für die anhaltende Budgetmisere. Statt gezielt regulatorisch in Preise einzugreifen, hat Österreich versucht, die hohe Inflation für Haushalte und Unternehmen mit immer neuen Transfers und Förderungen auszugleichen. Das war erstens wenig erfolgreich in der Bekämpfung der Teuerung und zweitens außerordentlich kostspielig für den Staatshaushalt. Im Vergleich dazu hat Österreich beim Energiepreisschock der 1970er Jahre eine umfassende Preisregulierung gehabt. Sie hat dazu geführt, dass die Inflation im internationalen Vergleich niedrig war und wir relativ gut durch die Krise gekommen sind.

Müsste jetzt nicht antizyklisch investiert werden? Die Offensivmaßnahmen sind allerdings gering im Vergleich zu den Konsolidierungsmaßnahmen.

Wenn wir es jetzt nicht schaffen, das Budgetdefizit einzudämmen, würden die Staatsschulden bis 2029 auf 97 Prozent des BIP steigen. Damit nehmen wir uns Spielraum für Zukunftsausgaben, weil die Zinszahlungen und die Abhängigkeit von den Kapitalmärkten sehr hoch werden. Mir ist eines wichtig: Wir schnüren zwar jetzt ein großes Sanierungspaket, doch wir betreiben keine Austeritätspolitik. Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse haben wir uns bemüht, Maßnahmen zu setzen, bei denen der dämpfende Effekt auf Nachfrage und Beschäftigung möglichst gering ist. Das gilt für die Stabilitätsabgabe der Banken und den Energiekrisenbeitrag ebenso wie für „Share Deals“, die Umwidmungsabgabe, die Besteuerung von Privatstiftungen, die Verlängerung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer, die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung auf Photovoltaikanlagen oder die Bekämpfung von Steuerbetrug.

Eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen wäre jene in die „Industrietransformation“, um den Ausstieg aus Öl und Gas zu schaffen. Die sollte bis 2030 gefördert werden, nun fallen hier 2025 und 2026 bis zu 350 Millionen Euro weg. Wie ist das Ziel des ökologischen Umbaus noch zu halten?

Indem wir es als Ziel ernst nehmen und stärker regulatorisch eingreifen: Ziele vorgeben, die Umsetzung an die Unternehmen und die Haushalte delegieren. Wir können uns Förderungen im Umfang der letzten Jahre einfach nicht mehr leisten. Die Bundesregierung bekennt sich zur Klimaneutralität 2040. Die Treibhausgas-Emissionen in Österreich sind in den letzten Jahren markant zurückgegangen, wir brauchen aber noch mehr Anstrengungen, um das Klimaziel 2030 zu erreichen. Mir ist die grüne Reindustrialisierung ein besonderes Anliegen. Für viele tolle österreichische Firmen bringt das auch enorme Marktchancen in Österreich und international. Für entscheidend halte ich auch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen in eine gute Infrastruktur: vom Trinkwasser über die Mobilität und leistbares Wohnen bis zu den Energienetzen und zum Schutz vor Extremwetterereignissen in Stadt und Land. **FJ**

Ein Land im Ausnahmezustand

Auf Dürren folgen plötzliche Hochwasser - die Zunahme der Extreme stellt Österreich vor große Herausforderungen. Im Herausbilden von Resilienz liegt aber zugleich eine Chance. Nicht nur in der vorausschauenden Sorge um zukünftige Generationen, sondern auch durch die Verbesserung der jetzigen Lebensverhältnisse. Von IRIS STRUTZMANN



Iris Strutzmann
arbeitet in der Abteilung
Klima, Umwelt und
Verkehr der AK Wien
zu den Themen Wasser,
Biodiversität, Gentechnik
und Daseinsvorsorge.

© Lisi Specht

Im September 2024 brachte Sturm Boris ungläubliche Wassermassen in kürzester Zeit. Große Teile Niederösterreichs standen unter Wasser, das gesamte Bundesland wurde zum Katastrophengebiet. Ganze Häuser wurden zerstört, insbesondere solche, die erst vor wenigen Jahren errichtet worden waren. Mühsam erwirtschaftete Existenzen wurden vernichtet. Nicht nur Privatpersonen hatten zu leiden, komplette Industrien und deren Infrastruktur versanken in den Fluten. Die erst kürzlich errichtete Westbahnstrecke über das Tullnerfeld stand teilweise vollständig unter Wasser. Pendler:innen und Zugreisende wurden nach dem „1000-jährlichen Hochwasser“ lange auf die Probe gestellt. Drei Monate lang musste die Westbahnstrecke über das Tullnerfeld aufgrund der schweren Schäden gesperrt bleiben, da die nötigen Bauteile zur Reparatur nicht verfügbar waren. Bei diesem Extremereignis hat das Wetter nicht einmalig „verrückt gespielt“, sondern es ist unmittelbare Folge der Klimaerhitzung. Weltweit war 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen und das erste mit einer Durchschnittstemperatur von mehr als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Wenn gegen die Klimakatastrophe nicht rasch und energisch gehandelt wird, werden weitere, schwere Hochwasser folgen.

Eine vorausschauende Investition in Hochwasserschutz-Infrastruktur macht sich bezahlt.

Zugleich zeigte das Hochwasser aber auch, wie gut die Warnungen und der Katastrophenschutz in Österreich funktionierten. Es waren „nur“ vier Todesopfer zu beklagen, während es bei den Überschwemmungen im Oktober in Valencia Hunderte Opfer gab. Hier wurden die Menschen zu spät und nur unzureichend gewarnt. Dass es dennoch auch in Österreich so viele Betroffene gab, lag an den unglaublichen Wassermengen,

die Sturm Boris in kürzester Zeit vom Himmel fallen ließ. Die wirtschaftlichen Folgen sind enorm. Das WIFO berechnete die Kosten des Sturms in einer Schnelleinschätzung mit 1,3 Milliarden Euro für Österreich. Die Schäden für die Landwirtschaft werden auf rund 14 Millionen Euro und die für private Haushalte auf 700 Millionen Euro beziffert. Die wirtschaftlichen Schäden an Eisenbahninfrastruktur oder Dämmen sind dabei noch nicht eingerechnet. Die ÖBB kalkulieren Reparaturkosten im dreistelligen Millionenbereich für ihr Streckennetz. Diese Schäden könnten aber noch viel höher sein, hätte Österreich in den vergangenen Jahren nicht erhebliche Summen in den Hochwasserschutz investiert.

Das Herausbilden von Resilienz – in diesem Fall die vorausschauende Investition in die Hochwasserschutz-Infrastruktur – macht sich also bezahlt. Hätten die verheerenden Folgen des Hochwassers noch mehr gemindert werden können? Kritiker:innen führen an, dass der Perschling-Hochwasserdamm in Niederösterreich gebrochen ist, der seit über 20 Jahren auf seine Sanierung wartet. „Handeln so rasch wie notwendig“ sollte somit die Devise der nächsten Jahre lauten. Trotz Budgetengpässen sind für Hochwasserschutz inklusive Renaturierung ausreichend Finanzmittel vorzusehen, um weitere Katastrophen zumindest abzumildern. Genauso wichtig ist vorausschauende Planung mit Bauverbots in Gebieten mit Hochwassergefahr.

Dürre - die stille Bedrohung

Während Hochwasser augenscheinliche und dramatische Schäden verursacht, ist Dürre oft eine schleichende Gefahr, deren Auswirkungen sich erst nach und nach offenbaren. In den letzten Jahren haben die Häufigkeit und Intensität von



Im September 2024 tritt die niederösterreichische Pielach nach Rekordniederschlägen über die Ufer.

Dürreperioden in Österreich und Europa zugenommen. Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) erlebten Länder wie Spanien, Italien und Griechenland gravierende Trockenperioden, die sich direkt auf die Landwirtschaft und Wasserreserven auswirkten. Der zunehmende Wassermangel führt bereits zu Konflikten zwischen Landwirtschaft und Tourismus in Spanien. In Frankreich gab es große Proteste gegen den Bau eines Wasserspeichers für die Landwirtschaft. Die Menschen sorgen sich, dass künftig zu wenig Trinkwasser zur Verfügung steht. In Deutschland wird über die Erweiterung des Tesla-Werkes Gigafactory Grünheide heftig diskutiert – es wird befürchtet, dass die Industrienutzung die Trinkwassersicherung gefährdet.

Auch im ehemals wasserreichen Österreich ist die Dürre angekommen. Die Bilder des ausgetrockneten Zicksees und die niedrigen Pegelstände des Neusiedler Sees im Jahr 2021 erregten österreichweit große Aufmerksamkeit. Ein paar Jahre später sind beide Seen zwar wieder gut gefüllt, doch einzelne Regentage mit großen Mengen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Seewinkel generell zu wenig Wasser gibt. Insgesamt könnten in Österreich die Grundwasserressourcen bis 2050 um etwa 23 Prozent schwinden, während der Wasserbedarf um 13 Prozent steigt. Nutzungskonflikte rund ums Wasser werden zunehmen.



8,8 Mrd. Euro jährlich

könnten die klimabedingten Kosten im Jahr 2050 in Österreich betragen.

Klimawandelanpassung ist das Gebot der Stunde

Es wird in den kommenden Jahren nicht gerade gemütlicher in Österreich werden – das lässt sich mit naturwissenschaftlicher Genauigkeit vorhersagen. So zeigt beispielsweise eine neue Studie des Wasser- und Umweltministeriums, dass die Klimakrise die Hochwassergefahr an kleinen Gewässern verstärkt. Höhere Temperaturen erlauben der Atmosphäre mehr Wasser zu speichern, wodurch extreme Niederschläge begünstigt werden. Der Klimawandel verändert zudem die globalen Niederschlagsmuster, sodass mehr Hochwässer durch Starkregen ausgelöst werden. Kurzzeitige Extremniederschläge nahmen in Österreich um 15 Prozent zu, und mittlerweile leben über 800.000 Menschen in Überschwemmungsgebieten.

Europäische Prognosen zeigen, dass Überschwemmungen und Dürren aufgrund sich ändernder Wettermuster in ganz Europa zunehmen werden. 2024 erlebten Österreich und Europa laut Copernicus-Klimawandeldienst den heißesten Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen, der zu vielen Dürren führte. Zugleich sind zwischen 1998 und 2020 bereits 43 Prozent der Katastropheneignisse in Europa auf Überschwemmungen zurückzuführen. Die bislang geplanten europäischen Strategien und Anpassungsmaßnahmen werden den zunehmenden Risiken nicht gerecht, wodurch sowohl Ökosysteme, Infrastruktur als auch Lebensmittelversorgung bedroht sind.

Ein Blick auf die Kosten zeigt: Die wetter- und klimabedingten Schäden in Österreich belaufen sich aktuell auf rund 1 Milliarde Euro pro Jahr. Bis 2050 könnten die jährlichen gesamtwirtschaftlichen Schäden auf bis zu 8,8 Milliarden Euro steigen. Viel Geld also, das besser in klimafreundliche Infrastruktur investiert wäre, wie den Umstieg auf erneuerbare Energie, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Sanierung kommunaler Gebäude oder die Begrünung von Kommunen. Schätzungen zufolge ist in den Jahren von 2036 bis 2065 mit jährlichen Schäden von 430 Millionen bis 1.800 Millionen Euro zu rechnen. Extremereignisse wie ein 100-jährliches Hochwasser könnten Gebäudeschäden von 4 bis 7 Milliarden Euro verursachen, bis Ende des Jahrhunderts bis zu ▶

© 360studios.at

Kurzgefasst

Die Auswirkungen dieses Temperaturanstiegs sind in Europa und Österreich unübersehbar. Seit den 1980er Jahren hat sich Europa doppelt so schnell erwärmt wie der globale Durchschnitt. Extreme Regenfälle mit katastrophalen Überschwemmungen und Hitzewellen treten immer häufiger auf. Maßnahmen, um die Klimaerhitzung zu bremsen, sind dringend notwendig. Die Entwicklung von Resilienz bietet Schutz und verbessert die Lebensqualität.

41 Milliarden Euro. Allein um diese gigantischen Kosten abzuwehren, muss jetzt in die Klimawandelanpassung und das Herausbilden von Resilienzen investiert werden.

Damit die Grundpfeiler unserer Daseinsvorsorge – Wohnen, öffentlicher Verkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie auch die Gesundheitseinrichtungen – sicher bleiben, braucht es eine Infrastruktur, die auf die neuen Gegebenheiten vorbereitet ist. Bei Planung und Bau ist Klimaschutz zu berücksichtigen und Bodenversiegelung zu vermeiden, da versiegelte Flächen kein Wasser speichern können. Städte und Gemeinden spielen dabei eine Schlüsselrolle, stehen aber vor finanziellen Herausforderungen. Daher schlägt die Arbeiterkammer einen Klimainvestitionsfonds vor, um besser und zielgerichteter planen zu können.

Wie Resilienz ausbauen?

Auf europäischer Ebene wird der Kurs des European Green Deal nur schleppend fortgesetzt. Eine europäische Wasserstrategie soll dabei helfen, dass die Mitgliedstaaten künftig besser bei der Sicherung der Wasserresilienz zusammenarbeiten. Ihr Ziel ist es, Wasser für den menschlichen Gebrauch zu sichern, naturbasierte Lösungen zu stärken und eine wettbewerbsfähige EU-Wasserwirtschaft und -Kreislaufwirtschaft zu fördern. Wasser ist ein Menschenrecht. Eine EU-Strategie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Wasserknappheit muss in erster Linie den allgemeinen Zugang zu sauberem und erschwinglichem Trinkwasser und grundlegender Sanitärversorgung gewährleisten. In Zeiten zunehmender

Wasserknappheit und konkurrierender Interessen bei der Wassernutzung muss klar sein, dass die öffentliche Wasserversorgung für den menschlichen Bedarf Vorrang hat. Um dies angesichts der immer schlimmer werdenden Wasserkrisen in der gesamten EU zu erreichen, sind öffentliche Kontrolle und Eigentum an Wasserressourcen, Betreibern und Infrastrukturen von entscheidender Bedeutung. Je mehr öffentliche Kontrolle, desto größer die Fähigkeit, öffentlich auf Wasserkrisen zu reagieren.

Investitionen in Hochwasserschutzanlagen, wie etwa Dämme, Rückhaltebecken oder Zisternen, sind notwendige Maßnahmen für die Zukunft. Gleichzeitig brauchen Flüsse mehr Raum, um bei Starkregen nicht so stark anzusteigen (siehe Interview S. 16). Die nationale Umsetzung der Wiederherstellung von Ökosystemen ist dabei ein wichtiger Meilenstein. Wasser sollte bereits an Quell- und Nebenflüssen zurückgehalten werden, etwa durch Renaturierungsmaßnahmen an Bächen und Flüssen sowie durch den Schutz und die Wiederherstellung von Auwäldern. Weitere Maßnahmen zur Stärkung des natürlichen Wasserrückhalts umfassen dezentrale Regenwasserversickerung, Entsiegelung von Flächen, konservierende Bodenbearbeitung und Grünlandschaffung in der Landwirtschaft sowie veränderte Waldbewirtschaftung, Aufforstung und Wiedervernässung von Feuchtgebieten und Mooren. Diese Maßnahmen unterstützen nicht nur Gewässer-, Natur- und Klimaschutz, sondern erhöhen zugleich die Erlebbarkeit von Natur für den Menschen. Wo einst Wasser in Betonkanälen geflossen ist, entstehen nun wieder Biotop und Artenvielfalt.

Viele Klimaentwicklungen sind leider längst unumkehrbar und wir werden mit verschärften Wetterextremen wie Hochwasser, Dürren oder Muren leben müssen. Um die negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt so gering wie möglich zu halten, sind jetzt Maßnahmen zu setzen: Einerseits muss der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen so rasch wie möglich gestoppt werden und andererseits ist Klimawandelanpassung notwendig, die Menschen und Infrastruktur besser schützt. Öffentliche Investitionen und klimagerechte Planung entscheiden heute darüber, wie lebenswert unsere Zukunft wird. □



Resilienz

bezeichnet die Widerstandsfähigkeit von Menschen und Gemeinschaften, die es ihnen ermöglicht, schwierige Lebenssituationen, Krisen oder auch Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu überstehen. Resilienz gegenüber der Klimakatastrophe bedeutet, dass menschliche Gemeinschaften lernen mit den Risiken und Folgen der globalen Erhitzung zu leben, ihr Verhalten daran anzupassen und sich dadurch auf künftige Krisen vorzubereiten.

Sicherheit geben in unsicheren Zeiten

Die verschiedenen Krisen sind eine Herausforderung, aber zugleich auch Aufforderung, jetzt einen resilienten Infrastrukturstaat für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge zu schaffen. Von MICHAEL GETZNER und LEONHARD PLANK



Michael Getzner
ist Professor für
Finanzwissenschaft und
Infrastrukturökonomie
an der TU Wien.

© Privat



Leonhard Plank
ist Senior Scientist am
Forschungsbereich
Finanzwissenschaft und
Infrastrukturpolitik im
Institut für Raumplanung
an der TU Wien.

© Markus Zahradnik

Kaum jemand wird bestreiten, dass wir in einer krisengebeutelten Zeit leben. Klimakrise, Artensterben, steigende Lebenshaltungskosten, Pandemie und Kriege vor der Haustür. Die Häufung der Krisen erzeugt Abstiegsängste, schafft Verunsicherung und lässt Zweifel an unseren demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen aufkommen.

Um unsere Demokratien gegenüber den autoritären Entwicklungen Orbans oder Trumps zu verteidigen, braucht es effektive Krisenbearbeitung. Dies setzt voraus, dass wir die Krisenzusammenhänge verstehen und politische Verantwortung für eine positive Zukunftsgestaltung übernehmen. Dabei ist die Alltagsökonomie mit der öffentlichen Daseinsvorsorge und der grundlegenden Nahversorgung mit Lebensmitteln, Apotheken, Bankfilialen und weiteren lokalen Dienstleistungen zentral. Denn sie bietet die Basis für soziale Absicherung, indem sie eine gute und stabile Versorgung mit Alltagsgütern für alle gewährleistet. Die Stärkung dieser Wirtschaftsbereiche muss einhergehen mit

der Umgestaltung vorhandener fossil geprägter Infrastrukturen zu sozial-ökologischen Infrastrukturen. Dies umfasst etwa den sozial gerechten Ausbau von Energie- und Mobilitätsnetzen oder die Gebäudesanierung.

Vorausschauende Politik statt Notpragmatismus

Kollektive Herausforderungen können nur gemeinsam effizient bewältigt werden. Die Anfänge der modernen Siedlungswasserwirtschaft im Europa des 19. Jahrhunderts verdeutlichen dies. Durch Industrialisierung und Städtewachstum gerieten die alten Inzellösungen (Hausbrunnen, öffentliche Fontänen, Wasserverkäufer) und die unzureichende Kanalisation an ihre Grenzen. Vor allem aufgrund von Seuchen übernahmen die europäischen Kommunen die Verantwortung für die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung. Zunächst gab es noch vereinzelte Versuche privater Unternehmen, die städtische Siedlungswasserwirtschaft zu entwickeln; diese scheiterten aber an der fehlenden Gesamtsteuerung und Finanzierung. ▶

Angesichts aktueller Krisen braucht es jetzt einen handlungsfähigen Staat, der die Infrastrukturen unseres Alltagslebens sicherstellt. Klar ist: Die Schaffung von künstlichen Marktarrangements im Zuge der neoliberalen Wende hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Vielmehr hat der Rückzug des Staates zu prekären Versorgungslagen und unzureichender staatlicher Kapazität bei der Grundversorgung mit zentralen Leistungen beigetragen. Ein resilienter Infrastrukturstaat soll in diesem Zusammenhang zum einen eine gute Grundversorgung mit lebensnotwendigen Alltagsgütern für alle Menschen sicherstellen – unabhängig von ihrem Einkommen, Status oder Wohnort – und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Zum anderen soll der Staat Krisenvorsorge jenseits des aktuell dominierenden „Notpragmatismus“ (Hans-Jürgen Urban) betreiben. Dazu bedarf es eines Perspektivenwechsels weg vom Business as usual hin zu einer vorausschauenden, fachlichen und politischen Vorbereitung auf mögliche zukünftige Krisen.

Eine gemeinnützige Daseinsvorsorge hat viele ökologische, ökonomische und soziale Vorteile. Ohne sie kann eine sozial-ökologische Transformation zugunsten des Klimaschutzes und des Erhalts der Artenvielfalt sowie eine Absicherung gegen die vielen Krisen nicht gelingen.

Die gute Nachricht ist, dass sich in der Infrastrukturplanung Elemente für diesen vorsorgenden Ansatz finden. Die regionalen Ausgleichsleitungen in der Wasserversorgung sind beispielsweise eine technische Lösung, um regional unterschiedliche

Bedarfe und Reserven besser abzugleichen. Regelungen zur Rationierung sind in der Wasserwirtschaft zwar nicht neu, angesichts der Erderhitzung jedoch unzureichend, wie zuletzt im jährlichen Bericht 2024 der Europäischen Umweltagentur festgehalten wurde. Das existierende Set an Regulierungen muss nun nicht nur systematischer und politikfeldübergreifend (gegenüber Landwirtschaft, Industrie und Energieerzeugung) durchgesetzt werden, sondern es müssen auch die Grenzen der menschlichen Naturbeherrschung anerkannt werden. Im Hochwasserschutz zeigt sich dies etwa darin, dass man vom technischen Hochwasserschutz zum integrierten Hochwassermanagement übergeht und dabei zunehmend auf naturbasierte Lösungen, wie etwa die Wiederherstellung von Flussufern und die Schaffung von Überschwemmungsgebieten, setzt. Diese Renaturierungsstrategien sind häufig kosteneffektiver

und flexibler im Umgang mit Hochwässern (siehe Beitrag S.17).

Vorausschauende Politik zahlt sich langfristig aus. Strenger Wasser- und Quellenschutz als Form des vorsorgenden Gewässerschutzes hat in Österreich große Bedeutung. Zwar verunmöglicht er kurzfristig wirtschaftliche Nutzungen, gleichzeitig erspart er uns enorme Kosten der Nachsorge durch teure Trinkwasseraufbereitungsanlagen und vor allem die volkswirtschaftlichen Kosten für die öffentliche Gesundheit. Diese vorausschauende Herangehensweise wird bei der Siedlungsentwicklung und Bautätigkeit allzu oft ignoriert. Es ist ein Dauerbrenner in der Raumplanung, dass existierende Zonierungen im Zusammenhang des Naturgefahrenmanagements großzügig ausgelegt oder gar gänzlich ignoriert werden. Die Rechnung dafür zahlen die betroffenen Haushalte und die Steuerzahler:innen, wie das Hochwasser im September 2024 deutlich zeigte (siehe Beitrag S. 10).

Wie eine verbesserte Daseinsvorsorge finanzieren?

Die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge (Energie, öffentlicher Verkehr, Wohnen, Gesundheit und Pflege sowie kommunale Infrastrukturen) werden grundsätzlich unterschiedlich finanziert. Aktuell gibt es drei wesentliche Herausforderungen: 1. Durch die Pensionierung geburtenstarker Jahrgänge wird bis 2030 ein Personalbedarf von rund 260.000 Beschäftigten in der Daseinsvorsorge entstehen. 2. Der Ausbau der Daseinsvorsorge (z. B. mehr und verbesserte Kindergärten, Schulen, Gesundheitsversorgung) erfordert zusätzlich rund 150.000 Beschäftigte. 3. Die Dekarbonisierung des Energie-, Gebäude- und Verkehrssektors ist mit bedeutenden Investitionen verbunden. Insgesamt müssten pro Jahr 1,1 bis 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zusätzlich investiert werden. In Österreich und Europa stehen hierfür ausreichend Ressourcen zur Verfügung – es geht daher hauptsächlich um die Mobilisierung der finanziellen Mittel und die Umlenkung bestehender fossiler Investitionen.

Innerhalb des Europäischen Rechtsrahmens wird die Elektrizitätsversorgung in Österreich hauptsächlich durch öffentliche Unternehmen geleistet. Diese sind zumindest mehrheitlich im Staatseigentum (Bundesländer, Städte) und finanzieren



Daseinsvorsorge

Der Begriff geht auf den deutschen Philosophen Karl Jaspers zurück und bezeichnet die Bereitstellung aller Güter und Dienstleistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind, wie etwa Wasser- und Energieversorgung, Mobilität, Gesundheit und Pflege. Bei der Verwaltung soll nicht mehr der Eingriff des Staates in das Leben der Bürger:innen im Zentrum stehen, sondern die Verpflichtung des Staates zur Bereitstellung der Leistungen, die seinen Bürger:innen zustehen.

sich aus Markterlösen (insb. Verkauf von Elektrizität). Auch die Stromnetze gehören öffentlichen Unternehmen. Sie sind „natürliche Monopole“, da ein Netz ökonomisch sinnvoll nur von einem Unternehmen bereitgestellt werden kann. Dies wird durch eine Regulierungsbehörde kontrolliert. So bezahlt ein durchschnittlicher Wiener Haushalt bei einem Energiepreis von 20 Cent pro Kilowattstunde etwa 5 Cent zusätzlich für die Netze und eben auch für den jetzt notwendigen Netzausbau. Für die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energieträger hat Österreich durch den bedeutenden Anteil der Wasserkraft gute Voraussetzungen. In den kommenden Jahren müssen jedoch hohe Investitionen für einen weiteren großen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, für die von der Industrie benötigte Wasserstoffproduktion und für die Energiespeicherung getätigt werden.

Kurzgefasst

Die Infrastrukturen des Alltagslebens, allen voran die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge (öffentlicher Verkehr, Wohnen, Energie, Gesundheit und Pflege, Bildung) sollten vorausschauend krisenfester gemacht werden. Politisch erst zu reagieren, wenn der Schaden eingetreten ist, können wir uns immer weniger leisten. Neben einem anderen Planungs- und Governance-Ansatz und einer systematischen Ausrichtung am Gemeinwohl braucht es für diesen Paradigmenwechsel auch die notwendigen Ressourcen für die Absicherung einer resilienten und zukunftsfähigen Daseinsvorsorge.

Kommunale Infrastrukturen spielen eine besondere Rolle in der Daseinsvorsorge. Die technischen und sozialen Infrastrukturen (von Straßen bis Schulen) werden von den Gemeinden bereitgestellt. Ihnen stehen ungünstige räumliche Strukturen – Streusiedlungen, Einfamilienhausbereiche, leerstehende Betriebsgebiete – gegenüber, die den Gemeinden enorme Kosten verursachen. So verbucht eine Gemeinde einen Verlust von rund 850.000 Euro, wenn eine Fläche von einem Hektar mit einer Streusiedlung bebaut wird. Durch Verdichtung des Ortskerns könnte sie hingegen einen Gewinn von durchschnittlich rund 200.000 Euro erwirtschaften, da durch besser genutzte Infrastruktur höhere Einnahmen erzielt werden können. Kurzfristig sind die finanziellen Probleme der Gemeinden kaum lösbar, weil räumliche Strukturen nicht von heute auf morgen verändert werden können. Umso ärgerlicher

ist es, wenn die Zersiedlung Österreichs weiter ungebremst voranschreitet. Die Grundlagen für eine zukunftssichere Daseinsvorsorge sind aber vorhanden, es braucht dafür allerdings einen Paradigmenwechsel hin zur vorausschauenden Planung und einer Mobilisierung und Umlenkung vorhandener finanzieller Ressourcen.

Weichenstellungen für eine gute Daseinsvorsorge 2030

Auch private Aktivitäten können wesentliche Beiträge für die Daseinsvorsorge leisten, wenn sie am öffentlichen Interesse ausgerichtet sind. Die Gemeinnützigkeit ist hierbei das zentrale Prinzip zur Gestaltung der Alltagsökonomie. Vielfach wurde nachgewiesen, dass eine gemeinnützige Bereitstellung von Wohnraum oder von Gesundheits- und Pflegeleistungen effizienter und effektiver ist als eine gewinnorientierte Organisation. Bei dieser stehen Gewinnmaximierung und Kosteneinsparungen im Mittelpunkt, nicht aber die Erfüllung der Bedürfnisse von Wohnungssuchenden oder von Menschen, die auf qualitativ hochwertige Gesundheits- und Pflegeleistungen angewiesen sind.

Für eine resiliente und zukunftsorientierte Daseinsvorsorge braucht es somit neue Modelle der staatlichen Planung und auch neue gemeinwohlorientierte Formen von öffentlich-öffentlichen und öffentlich-privaten Partnerschaften. Ebenso müssen Arbeitsplätze in diesen für uns alle kritischen Wirtschaftsbereichen attraktiver werden. Es ist kein Wunder, dass es zunehmend schwierig wird, Kolleg:innen in den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge zu halten, wenn etwa bei Pflegekräften oder Buslenker:innen derart schlechte Arbeitsverhältnisse herrschen.

All dies setzt einen neuen politischen Gestaltungswillen voraus, sowohl beim Angebot der Daseinsvorsorge als auch bei der Finanzierung. Ein geändertes und ergänztes Steuersystem (mit vermögensbezogenen Steuern und dem Abbau kontraproduktiver Subventionen) hilft, die Ziele des Klima- und Artenschutzes mit wirtschaftlichen Zielsetzungen der Grundversorgung zu verbinden. Die Sicherung der Daseinsvorsorge erhöht nicht nur die Krisenresilienz einer Gesellschaft, sondern eröffnet auch vielfältige wirtschaftliche Chancen durch Bildung und Innovationen, bessere Gesundheit, mehr Betreuungsangebote und effizientere Ver- und Entsorgung. □

„Intakte Flusslandschaften sind ein Schutzschild“

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Ober-Grafendorf, Rainer Handlfinger, über Hochwasserschutzmaßnahmen am Fluss Pielach.

© Neugebauer



Rainer Handlfinger, seit 2010 Bürgermeister von Ober-Grafendorf, ist Vorstandsvorsitzender des Klimabündnisses Österreich.

Wie erleben Sie die Auswirkungen der Klimakrise in Ober-Grafendorf?

Die Klimakrise ist spürbar angekommen. Extreme Wetterereignisse – von langen Trockenphasen bis zu plötzlichen Starkregen – treten häufiger und intensiver auf. Das hat direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft, unsere Infrastruktur und auch auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Welche Herausforderungen entstehen dadurch für die Gemeinde?

Wir müssen unsere Infrastruktur klimaresilient gestalten. Das betrifft nicht nur das Wassermanagement, sondern auch den Schutz unserer Siedlungsräume. Gleichzeitig müssen wir bei der Raumplanung und im Dialog mit Bürger:innen neue Prioritäten setzen, um langfristige Schäden zu vermeiden und die Lebensqualität zu sichern.

Welche konkreten Maßnahmen sollen nach dem Hochwasser 2024 an der Pielach gesetzt werden?

Bei den Starkregenereignissen im September 2024 wurde das Ortsgebiet durch massive Oberflächenwasserabflüsse gleich zwei Mal überflutet. Neben der Belastung der Pielach waren es vor allem überforderte Entwässerungssysteme und fehlende Rückhalteräume, die zur Überschwemmung geführt haben. Derzeit wird ein umfassender Regenwasser-

plan durch ein externes Fachbüro neu erstellt, der eine fundierte Grundlage für künftige Maßnahmen im Bereich Oberflächenentwässerung, Retention und Versickerung bietet. Bereits jetzt ist jedoch klar: Ein 1000-jährliches Starkregenereignis wie 2024 kann durch eine Gemeinde allein nicht vollständig abgedeckt werden – weder finanziell noch infrastrukturell. Es werden daher gemeinsam mit dem Land Niederösterreich punktuelle Renaturierungen entlang der Pielach vorbereitet. Wo es umsetzbar ist, soll dem Fluss mehr Raum gegeben und Engstellen entschärft werden – stets in enger Abstimmung mit den Eigentümer:innen und unter Bedachtnahme auf die bestehende Nutzung. Bereits umgesetzt wurden in der Marktgemeinde unter anderem Drain-Garden-Systeme in Straßenbereichen, die zur lokalen Versickerung von Regenwasser beitragen und bei Starkregen für Entlastung sorgen.

Wie wird dies in der Gemeinde angenommen? Gab es Widerstände?

Veränderung bringt immer auch Diskussionen mit sich. Gerade dort, wo bestehende Nutzungsinteressen betroffen sind, braucht es Aufklärung und Dialog. Dennoch spüren wir insgesamt eine hohe Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Die Bevölkerung erkennt, dass Vorsorge besser ist als teure Schadensbehebung im Nachhinein.

Bahnt sich hier ein Kulturwandel an, bei dem Landwirtschaft,

Betriebe und Private auf mögliches Bauland verzichten?

Ja, wir beobachten einen beginnenden Kulturwandel. Immer mehr Menschen erkennen, dass intakte Natur- und Flusslandschaften nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch ein Schutzschild für uns alle sind. Die Umwidmung von Flächen wird heute viel kritischer hinterfragt – gerade im Hinblick auf nachhaltige Raumplanung und Katastrophenschutz.

Wie gelingt es Ihnen, die Beteiligten zu überzeugen?

Wir setzen auf offene Kommunikation, sachliche Information und transparente Entscheidungsprozesse. Es ist wichtig, dass alle Betroffenen verstehen, warum bestimmte Schritte notwendig sind – und welche Vorteile langfristig damit verbunden sind. Das gelingt uns zunehmend auch durch die Einbindung von Expert:innen und durch Förderprogramme, die Betroffene entlasten.

Renaturierung als eine sinnvolle Daseinsvorsorge?

Renaturierung bedeutet nicht nur Hochwasserschutz, sondern auch Lebensqualität. Mit mehr Grün- und Wasserflächen schaffen wir Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen und gestalten attraktive Naherholungsräume für unsere Gemeindegänger:innen. Gleichzeitig investieren wir damit in eine lebenswerte Zukunft, in der Sicherheit, Umweltbewusstsein und Standortqualität Hand in Hand gehen. **FJ**

„Es braucht Aufklärung und Dialog. Dennoch spüren wir eine hohe Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.“

Renaturierung im Sinne der Resilienz

Beim Lokalaugenschein gewährt Helmut Habersack, Leiter des Wasserbaulabors der Universität für Bodenkultur Wien, der Wirtschaft und Umwelt Einblicke in diese einzigartige Forschungseinrichtung. Wenn sich Hochwasserrisiken besser abschätzen lassen, ist das ein wichtiger Baustein für eine bessere Daseinsvorsorge. Von FRANK JÖDICKE

„**A**us dem Hochwasser 2002 wurden durchaus Lehren gezogen, aber lernen kann man nie genug.“ Zunächst ist laut Helmut Habersack festzuhalten, dass Hochwässer ein natürliches Ereignis sind. Flüsse treten über die Ufer. Jede:r hat in der Schule gelernt, dass dies im antiken Ägypten genau im Schnitt einmal im Jahr passiert ist. Das wäre laut Fachausdruck ein „HQ1“. Darauf konnten sich Mensch und Natur gut einstellen, der Reichtum Ägyptens basierte darauf. Seit der Antike hat sich manches geändert und die Begehrlichkeiten menschlicher Nutzung wurden größer. Flüsse sollten und sollen auch zur Energienutzung dienen. Die Landschaft verändert sich durch den Eingriff des Menschen.

Hier gilt es jedoch, die Risiken klug und vorausschauend abzuschätzen. Das Risiko durch Hochwasser steigt aus zwei Gründen. Der erste liegt in der Klimaerhitzung, die heute wissenschaftlich außer Streit gestellt sein sollte. Wenn die Temperatur um ein Grad Celsius zunimmt, steigt die Menge des enthaltenen Wassers um sieben Prozent. Das zusätzliche Wasser in der Luft kann sich dann mit enormen Wassermengen über uns abregnen – so wie im Jahr 2024. Deshalb ist häufiger mit HQ100 (einem „Jahrhunderthochwasser“), HQ300 und sogar HQ1000 zu rechnen. Letzteres wäre ein Hochwasser, das statistisch gesehen nur alle 1000 Jahre – vor dem Hintergrund der Klimaerhitzung aber viel häufiger auftritt.

Bei dem 100-jährlichen Hochwasser im September 2024 brachen in Niederösterreich 20 Dämme und es entstand Milliardenschaden. Zugleich zeigte sich beispielsweise im Kamptal und in Wien, dass die Lehren aus dem ähnlich katastrophalen Hochwasser im Jahr 2002 gezogen wurden und Schlimmeres verhindert werden konnte.

Zum Zweiten gehört zum Risiko nicht nur das Wasser, sondern auch der dadurch verursachte Schaden. Hier spielt die Bautätigkeit der letzten Jahrzehnte eine entscheidende Rolle. Es kann nur zerstört werden, was zuvor gebaut wurde. Österreich hat seinen risikoreichen Kurs bestenfalls verlangsamt: Täglich gehen noch immer mehr als 10 Hektar Fläche Natur, Wiese und Ackerland als „Bodenverbrauch“ verloren, weil sie verbaut werden. Vieles davon in Flussnähe, da hier die Böden eben sind und die Infrastrukturen meist gut ausgebaut wurden (Straßen und Schienen verlaufen parallel zu Flüssen, an deren Ufern viele Ortschaften liegen). Entlang des Inns gingen in Tirol zwischen 1950 und 2010 ca. 27 Prozent des Grünlands durch Verbauung verloren. Diese Entwicklung spieße sich längst mit der Endlichkeit des Raumes, wie Habersack es ausdrückt.

Vom richtigen Umgang mit Fluss und Sand

Übrigens verursacht das Wasser nicht den größten Schaden bei Überflutungen, sondern die mitgeschleppten Sedimente. Der zurückbleibende Schlamm etwa verstopft Maschinen und Industrieanlagen. Nicht zuletzt deswegen geht es beim Wasserbau so oft um Sand. Will man die Risiken durch Überflutungen herunterfahren, müssten die Flüsse wieder näher an ihren früheren Feststoffhaushalt herangeführt werden. Die Donau sei hier beispielsweise komplett aus ihrem Gleichgewicht geraten. Flüsse sind nie dauerhaft stabil, aber das System der Donau sei in eine risikoreiche Lage geraten, in der sich die Extreme steigern. Der Fluss gräbt sich durch hohe Fließgeschwindigkeiten stellenweise tiefer ein. Das Sediment wird immer schneller abtransportiert und der tiefer liegende Fluss lässt zugleich die umliegenden Grundwasserspiegel ▷

Die Klimakrise wird zur Wasserkrise

Die zunehmenden Wetterextreme haben den Wasserkreislauf in Österreich aus dem Gleichgewicht gebracht. Die häufigen Hochwasser und Dürrephasen bedrohen unsere Landwirtschaft, Wirtschaftsbetriebe und auch die privaten Haushalte. Die Kosten für die Beseitigung der Schäden steigen von Jahr zu Jahr. Es wird Zeit zu handeln!



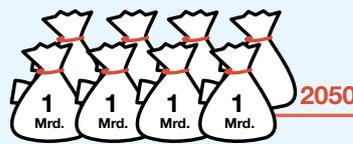
110 Mio. Euro Schäden durch Frost, Hagel, Sturm und Überschwemmung

260 Mio. Euro Gesamtschaden in Österreichs Landwirtschaft im Jahr 2024

150 Mio. Euro Schäden aufgrund der Dürre



In Österreich ist mit 15% mehr Hochwasser zu rechnen



Wetter- und klimabedingte Schäden kosten uns mittlerweile durchschnittlich 1 Mrd. Euro im Jahr

Die Kosten werden bis 2050 achtmal so hoch sein.

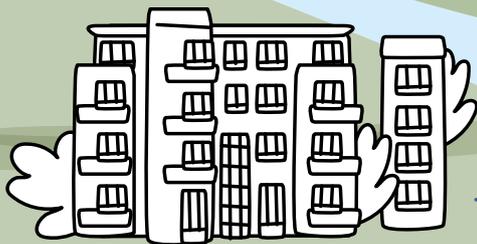


2025



In Österreich leben über 800.000 Menschen in Hochwasserrisikogebieten

W
die Zuk



Gute Raumplanung
Kein Neubau im Hochwasserrisikogebiet

Dämme, wo notwendig

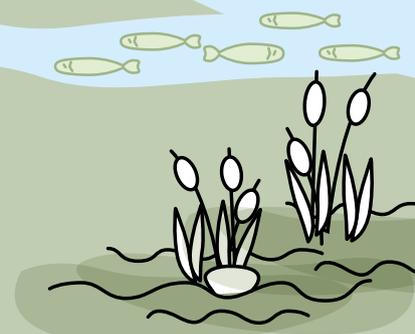
Die Lage ist ernst, aber wir können eine widerstandsfähige Infrastruktur und den Daseinsvorsorge umfassen bietet. Von Wohnen und Gesundheit. Investitionen in eine klimaresiliente

Weniger Boden versiegeln, damit Wasser besser versickert. Österreich verbaut noch immer fast 11 Hektar täglich

Flüssen mehr Raum geben und rückbauen

Hochwasser: Naturgewalt mit großer Zerstörungskraft

Die Klimakrise bringt immer häufiger starke Regenfälle mit sich, die bei Hochwasser Häuser, Infrastrukturen, Industrie und Landwirtschaft schwer beschädigen. Das verheerende Hochwasser 2024 verursachte in Österreich Kosten von mindestens 1,3 Mrd. Euro und forderte 4 Tote. **Klimagerechte Planung, öffentliche Investitionen und naturbasierte Lösungen entscheiden darüber, wie unsere Zukunft wird.**



Wiederherstellung von Mooren, Feuchtgebieten und Auwäldern

Bis 2029 könnte die **globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad** über dem vorindustriellen Niveau liegen.

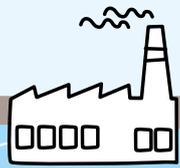
+7 %
Wasser in
der Luft

+1°C

Je **zusätzlichem Grad** Lufttemperatur kann die **Atmosphäre etwa 7% mehr Wasserdampf** halten

Das Risiko für Starkregen und Hochwasser steigt

Wasserknappheit führt zu Nutzungskonkurrenz:
Grundwasserverbrauch in Österreich



70 %
Industrie



24 %
Trinkwasser



4 %
Landwirtschaft

Bodenfreundliche Landwirtschaft, die Humus aufbaut

Was wir für die Zukunft brauchen

Wir müssen auch viel tun. Es gilt nun vorbereitet zu sein und die Infrastruktur aufzubauen, die alle Bereiche einer vorausschauenden und so Schutz und Sicherheit für die Menschen in der Zukunft bis hin zu Mobilität und Energieversorgung: **Resiliente Infrastruktur sind das Gebot der Stunde.**



Gutes Regenwassermanagement und Bau von Zisternen und Schwammstadt



Wasser sparsam verwenden
– in Landwirtschaft, Wirtschaft und Haushalt



Wasser, wo möglich, wiederverwenden

Dürre: Wasserknappheit bedroht Land und Leben

Dürre gefährdet die Wasserversorgung, beeinträchtigt die Landwirtschaft und schwächt die Ökosysteme. Ein effektiver Kampf gegen die Klimakrise bedeutet: **Vorausschauende Planung der Wasserbewirtschaftung, gerechte Verteilung bei Knappheit und langfristige Lösungsansätze.**



Helmut Habersack führt durch das Wasserbaulabor, in dem in zwei großen Hallen Fließgewässerforschung betrieben wird. Um den örtlichen Sedimenttransport zu erforschen, wurde gerade Sand von der Elbe nach Wien geliefert.



Kurzgefasst

Helmut Habersack, Leiter des Instituts für Wasserbau, Hydraulik und Fließgewässerforschung an der Universität für Bodenkultur, zieht eine gemischte Bilanz, was Österreichs Hochwasser-sicherheit betrifft. Das Wissen über Risiken ist heute größer als je zuvor und gelangt durchaus ins öffentliche Bewusstsein. Es müssen aber auch Konsequenzen, beispielsweise in der Raumordnung, gezogen werden, um die Resilienz gegenüber Hochwasser nachhaltig zu erhöhen. Diese Widerstandsfähigkeit braucht das Land, denn durch die Klimaerhitzung werden die Herausforderungen in Zukunft größer.

sinken. In Kombination mit Hitze und Trockenheit ist dies ein Problem für Natur und Landwirtschaft.

Zugleich sammelt sich zu viel Sediment hinter den Staumauern. Die Wasserkraft ist eine sinnvolle Maßnahme im notwendigen Umbau von fossiler zu erneuerbarer Energie. Sie stellt jedoch einen schwerwiegenden Eingriff in Flussläufe dar. Helmut Habersack sucht hier gemeinsam mit Kolleg:innen weltweit nach Lösungen, für einen nachhaltigen Bau von Stauanlagen. Aktuell verlanden die Stauseen mehr, als Volumen durch neue Staudämme geschaffen wird und zwischen 2035 und 2080 sind viele Stauseen bis zu 80 % verlandet. Abhilfen wären ein „Flushing“, das zeitweilige Leerspülen der Staubecken, oder ein Bypass, wie bei einem Herzen. Dies will sorgfältig erprobt werden und genau dafür kann das in seiner Art weltweit einzigartige Wasserbaulabor in Wien genutzt werden. In riesigen Hallen können dort im Maßstab eins zu eins Schwebstoffablagerungen in Fließgewässern gemessen werden.

Die wirtschaftlichen Aspekte sind nie außer Acht zu lassen. Es mag sein, dass sich schnelle und billige Lösungen finden, aber ihre Folgen erzeugen enorme Kosten. Genau diese Folgenabschätzung kann mit dem Wasserbaulabor ermittelt werden. Österreichs Flussläufe kommen ohne den Eingriff von Menschen nicht mehr aus. Es wäre verfehlt anzunehmen, man könne leicht wieder eine natürliche Situation herstellen. Es müssen beispielsweise regelmäßig Sedimente und Steine eingebracht werden. Wenn nun die Fließgeschwindigkeit der Donau zu hoch ist, dann kann es sein, dass Österreich einen Stein in den Fluss gibt, der nach wenigen Jahren bereits im Nachbarland Ungarn liegt. In Summe sind das alles nicht zu vernachlässigende Kosten. Das Problem kann

nur gesamteuropäisch gelöst werden, denn unter der schnell fließenden Donau leiden alle Anrainer. Aktuell verliert Rumänien bei der Donaumündung durch Küstenerosion 24 Meter im Jahr.

Was tun?

Der Kampf gegen Hochwasser ist komplex. Eine Reihe Maßnahmen wären nötig, die unterschiedlich stark in die bestehenden Strukturen eingreifen. Es beginnt mit so etwas Simplem, dass ein niedrigerer Damm billiger in der Errichtung ist und weniger Risiko hat zu brechen. Ein fehlender Freibord (der Abstand zwischen Wasserspiegel und Deichkante) der Deiche würde an gewissen Stellen dem Wasser erlauben bei vergleichsweise geringem Hochwasserstand über den Deich zu fließen und Areale zu überfluten, deren zeitweiliger Verlust tolerierbar ist. Habersack würde grundsätzlich dafür optieren, die Deiche näher an die Siedlungen zu bauen. Dann hat der Fluss mehr Raum sich auszubreiten, was auch eine gewisse heilsame Wirkung auf Bebauungspläne hat. Denn wer baut sein Haus wasserseitig vor dem Deich?

Bestehende Deiche können nicht von heute auf morgen verrückt werden. Aktuell muss festgehalten werden, dass Österreichs Flüsse zu eng sind und ein zu steiles Gefälle haben. Dies will Habersack keineswegs als Vorwurf an frühere Generationen des Wasserbaus verstanden wissen, denn auch damals wurde gute Arbeit geleistet, auf der er heute aufbaut. Die Vorgaben nach dem Zweiten Weltkrieg waren, möglichst viel Ackerland zur Ernährungssicherheit zu gewinnen, was damals auch nötig war. Heute hingegen werden manche landwirtschaftlichen Bereiche nicht mehr gebraucht oder sind durch frühere Hochwasser nicht mehr nutzbar. Verkaufen würden die Besitzer:in-



nen dennoch nicht. Hier ist viel Überzeugungsarbeit nötig, die nur gelingen kann, wenn man alle Beteiligten mit ins Boot holt und gemeinsam Lösungen findet. Dabei könnte es sich gerade als Trumpf erweisen, wie viel mehr man heute gerade im Wasserbau weiß.

Die heute möglichen Prognosen lassen nicht nur Gefahren früh erkennen, sondern bieten einen Gestaltungsspielraum, den frühere Generationen nicht hatten. Deshalb findet Habersack den Begriff „Renaturierung“ ein wenig unglücklich, denn das klinge so, als wolle man zurück zu einer Natur des 19. Jahrhunderts. Daher plädiert er für den Begriff der Resilienz, also Widerstandsfähigkeit. Damit Flüsse künftig widerstandsfähiger sind und bei Hochwässern weniger Schäden anrichten, weil das Wasser nicht so rasch steigt, brauchen sie eben mehr Raum. Ein Resilienz-Plan muss Entwicklungen der Vergangenheit berücksichtigen. Die Mur ist heute beispielsweise nur mehr 76 Meter breit, eine Verdreifachung der Flussbreite wäre nötig, um Fließgeschwindigkeit und Risiken zu reduzieren. Dabei solle man sich vor Augen halten, dass der Fluss sich einst auf 1,5 Kilometern ausbreiten konnte.

Von der Durchführung des Resilienz-Plans könnten alle profitieren. Je weiter der Damm vom Fluss entfernt ist, desto mehr entkoppelt sich die Erosion des Flusses von der des Damms, dessen Instandhaltung dann mit geringeren Kosten verbunden ist. Außerdem erlaubt sich Helmut Habersack anzumerken: Wenn in Deutschland 500 Milliarden für Infrastrukturausbau bereitgestellt werden, warum dann nicht auch kräftig – in ganz Europa – in den Wasserbau investieren? Wer Räume schafft für eine „potenziell natürliche Vegetation“, die ohne Eingriff des Menschen stabil bleibt, gewinnt

dadurch Überflutungsflächen, Schutz vor Erosion und Naturerlebnisräume. Letztere dürften für den Tourismus nicht unwichtig sein. Kurzfristig gesehen entstehen bei der baulichen Erzeugung von Resilienzen schlicht Baustellen, bei denen von Planung über Bauwirtschaft unmittelbar wichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wie vermitteln?

Wer in dieser Weise Wirtschaft und Umwelt verbinden will, muss die Ideen aber auch unter die Menschen bringen. Um quasi motivierend zu mahnen, wird derzeit das Projekt „DANUBE4all“ entwickelt. Ein Online-Tool, das für den gesamten Donaauraum, aufgeteilt in Tausende Abschnitte, die jeweiligen Möglichkeiten vom Hochwasserschutz über die Dürrebekämpfung bis hin zur Schifffahrt aufzeigt. User*innen sollen reinzoomen und nachsehen, welche Maßnahmen in ihrem Flussabschnitt möglich wären, und sehen, wie diese die Situation positiv beeinflussen würden. Über 60 verschiedene Maßnahmen sollen so in ihrer Auswirkung virtuell erlebt werden.

Generell seien die Menschen heute in Umweltfragen aufgeklärter als noch vor einigen Jahrzehnten. Die Leute googeln einfach, wenn es um Fragen des Wasserbaus geht, der sie selbst und ihr Leben betrifft. Habersack findet dies gut, denn so kann ein gemeinsamer Prozess beginnen. Das Wasserbau-labor in Wien kann hier eine wichtige Rolle spielen. Es dient einerseits der Forschung, Datenermittlung und Modellbildung, es lädt andererseits auch Bürger:innen und Politiker:innen ein, die Auswirkungen von Fließwasser ganz unmittelbar zu erleben. Wer so über Risiken der Hochwasser und Möglichkeiten der Resilienz aufgeklärt ist, wird vielleicht leichter einen Willen zur Verbesserung der gemeinsamen Daseinsvorsorge entwickeln. □



Frank Jödicke
ist freier Journalist und arbeitet als koordinierender Redakteur für die *Wirtschaft & Umwelt*.

© Lydia Müller



Voneinander lernen und gemeinsam demonstrieren. Beim Klimastreik 2024 in Wien zeigen die Mitglieder des Bündnisses „Wir fahren gemeinsam“ Präsenz. Durch die Verbindung von Klimabewegung, Gewerkschaft vida und Busfahrer:innen des öffentlichen Verkehrs kann mehr Gegenmacht für die notwendige Mobilitätswende gebildet werden.

© Frank Jödicke



Anna Daimler
ist Generalsekretärin der Gewerkschaft vida.
© www.stefanjoaham.com

desweites Netzwerk aktiver Busfahrer:innen in enger Zusammenarbeit mit Betriebsrät:innen aufzubauen. Gewerkschaftliche Kernmethoden wurden hierbei durch das freiwillige Engagement von Klimaaktivist:innen unterstützt.



Max Knapp
arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien zu sozial-ökologischen Umbaukonflikten.
© Lisi Specht

Ein zentraler Bestandteil des Beteiligungsansatzes war die Einführung von Garagenverantwortlichen (GVs), die als Bindeglied zwischen dem KV-Team und den Garagen fungierten. Aufgabe der GVs war es, ihre Teams zunächst über den Stand der KV-Verhandlungen zu informieren und sie anschließend zu organisieren. Zudem wurde ein großer WhatsApp-Infokanal eingerichtet, über den Tausende Fahrer:innen schnell und unkompliziert mit wichtigen Informationen versorgt werden konnten. Die GVs, die nach und nach Verantwortung übernahmen, brauchten aber auch einen Raum, um sich austauschen und Mut schöpfen zu können. Dieser Ort waren die digitalen Aktiventreffen der GVs, die meist wöchentlich stattfanden. Neben den Aktiventreffen und den gewählten Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen etablierten sich die sogenannten Verhandlungs-Rückkopplungen als wichtiges Beteiligungsinstrument. Noch am Abend der Verhandlungsrunden (oder, wenn diese länger dauerten, am darauffolgenden Abend) kam das Verhandlungsteam mit den GVs online zusammen, um direkt aus den Verhandlungen zu berichten. Diese transparente Berichterstattung empfanden die GVs als sehr wichtig, da sie dadurch in der Lage waren, ihre Kolleg:innen in den Garagen ab dem nächsten Tag umfassend zu informieren.



Fabian Hattendorf
ist Klimaaktivist und gewerkschaftlicher Organizer, u. a. im Bereich Krankenhäuser und in der privaten Busbranche.
© Privat

Mit Warnstreik zum Erfolg

Der Beteiligungsansatz schuf mit dem Netzwerk an GVs echte Durchsetzungskraft in den einzelnen Garagen. Durch die vielen persönlichen Einzelgespräche rund um die Forderungen und den aktuellen Stand der KV-Verhandlungen war es den Lenker:innen möglich, in die Offensive zu gehen. Als sich die WKO als Verhandlungspartei der Arbeitgeber:innenseite auch nach vier Verhandlungsrunden und mehreren kleineren Protestmaßnahmen immer noch nicht substantiell bewegt hatte, gelang es den Kolleg:innen am 20. Februar an über 100 Standorten in ganz Österreich den ersten Warnstreik der privaten Autobusbranche zu organisieren. Über 700 Lenker:innen streikten – viele von ihnen zum ersten Mal – und spürten so ihren direkten Einfluss auf die Verhandlungen.

Bündnisse als wichtiger Baustein für den Umbau

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der steigenden Ungleichheit werden wir in den nächsten Jahren zivilgesellschaftliche Bündnisse mit Schlagkraft benötigen. Gemeinsame Bündnisse von Klima- und Arbeitnehmer:innenbewegung zeigen Wege für eine sozial gerechte Klimapolitik auf, die dem neoliberalen Modell des Grünen Kapitalismus eine solidarische Alternative entgegenstellt. Beteiligungsmechanismen wie in der KV-Runde der privaten Buslenker:innen sind dabei der entscheidende Hebel, um betriebliche Gegenmacht zu entwickeln. **Reden wir MIT den Beschäftigten statt ÜBER sie!** □

Ernährungsarmut: Die gesunde und klimafreundliche Wahl muss die einfachste sein

Mehr als eine Million Menschen sind in Österreich von Ernährungsarmut betroffen. Doch was bedeutet das - für die Betroffenen und für die Gesellschaft? Über ein großes Thema, dem zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Von MAX SCHWARZENBACHER



Max Schwarzenbacher ist studierter Politikwissenschaftler und absolviert das neue Trainee-Programm der AK Wien aktuell in der Abteilung für Konsumentenpolitik.

© Frank Jödicke

Armut kommt oft schleichend. „Es kann zum Beispiel damit beginnen, dass man anfängt, ganz bestimmte Lebensmittel nicht mehr zu kaufen. Das haben wir auch in den Fokusgruppen gehört: „Ja, ich esse voll gerne in meinem Müsli Himbeeren zum Beispiel, aber die kaufe ich mir jetzt nicht mehr“, erzählt Christina Lampl. Lampl ist Mitautorin der Studie „Ernährungsarmut in Österreich als Barriere für eine gesunde und klimafreundliche Ernährung“, die im vergangenen Jahr erschienen ist. Die Ergebnisse der repräsentativen Studie sorgten für Überraschung, so Lampl. Nicht erst die Teuerung und multiple Krisen haben dazu geführt, dass es für viele Menschen immer schwieriger wird, sich eine gute und gesunde Ernährung leisten zu können.

Ernährungspolitik gegen Armut?

Die Studie zeigt, dass begrenzte Ernährungsmöglichkeiten eine zentrale Dimension von Armut darstellen – auch in reichen Ländern wie Österreich, in denen mehr als genug Lebensmittel vorhanden wären. Ernährungspolitik kann daher als Teil einer effektiven Armutsbekämpfung verstanden werden und zu einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Ressourcen beitragen. Expert:innen und diverse Initiativen weisen dabei auf konkrete Lösungen hin: Preisregulierungen bei Grundnahrungsmitteln wurden etwa während der Teuerung gefordert und Angebote für ein gesundes Frühstück in Schulen könnten Kinder unterstützen und Eltern entlasten. Flächendeckend umgesetzt wird von diesen und anderen Ideen wenig, denn Ernährungspolitik ist kein zentraler Teil der Sozial-



**420.000 Personen
in Österreich**

sind von schwerer Ernährungsarmut betroffen. Sie mussten im von der Studie untersuchten Jahr 2024 Mahlzeiten ausfallen lassen oder hatten einen Tag lang nichts zu essen.

politik. Stattdessen wird staatliche Verantwortung an karitative Einrichtungen wie Sozialmärkte und die Tafeln ausgelagert.

„Kaufe biologisch und regional, iss weniger Fleisch, achte auf Ausgewogenheit und Saisonalität und vermeide hochverarbeitete Lebensmittel.“ – Der zentrale Modus ernährungspolitischer Interventionen ist weniger die Sozial- oder Ordnungspolitik, sondern eine Biopolitik, bei der die öffentliche Hand zwar an die Verantwortung und Moral der Individuen appelliert, gleichzeitig aber nur wenig strukturelle Unterstützung zur Umsetzung dieser Appelle bietet. So entsteht der Eindruck, die Menschen seien selbst schuld, wenn sie nicht gesund und nachhaltig leben. In der Konsequenz wird dann etwa Übergewicht moralisch diffamiert und die Betroffenen beschämt, was zu großem Leid führt. Auch in Bezug auf Ernährungsarmut stellt das laut Christina Lampl ein Problem dar: „Das mediale Framing, wenn es um Armut geht, ist häufig jenes der Selbstschuld und Eigenverantwortung und der alleinige Blick darauf ist problematisch. Dann kommt zum Beispiel das Argument,

Tipp

Am 26.09.2025 findet in Wien das 6. Symposium des Netzwerks **Konsum neu denken** statt. Motto: „Kreislaufwirtschaft und gesellschaftliche Beteiligung. Von Leihläden bis zu Lebensmittelgenossenschaften“.



konsumforschung.at/
veranstaltungen

dass der selbstgekochte Linseneintopf nur wenig kostet. Dabei werden aber die vielfältigen Herausforderungen im Alltag der Menschen übersehen. Das, glaube ich, verstärkt das Problem noch einmal eine Spur mehr.“

Ernährungspolitik dieser Prägung ist nicht nur unsozial, sie ist auch zutiefst ineffektiv. Abseits der erschreckenden Zahlen zu Ernährungsarmut sind nämlich auch die negativen Auswirkungen aktueller Ernährungsweisen auf die Gesundheit problematisch. Ernährungsbedingte Erkrankungen sind seit Jahren auf dem Vormarsch und belasten das Gesundheitssystem. Zusätzlich bleibt die Lebensmittelproduktion – trotz vermeintlicher gesellschaftlicher Trends zu nachhaltiger Ernährung – konstant einer der größten Treiber der Klimaerwärmung.

Mögliche Auswege: soziale und ökologische Ernährungspolitik

Der Grund für diese Ineffizienz ist so einfach wie kontraintuitiv: Alle Beteiligten überschätzen den Einfluss bewusster Entscheidungen auf die individuelle Ernährung maßlos. Denn, so der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz in Deutschland, das Essverhalten ist zutiefst kontextabhängig und wird von Angebot, Werbung, kulturellen Normen und materiellen Ressourcen geprägt. Es ist also abhängig von unseren sogenannten Ernährungsumgebungen. Gerade in deren aktiver Gestaltung läge aber der Handlungsspielraum einer sozialen und ökologischen Ernährungspolitik, die nicht nur Ernährungsarmut bekämpfen, sondern auch zu einer positiven Perspektive auf Genuss, Nachhaltigkeit und Gesundheit beitragen kann. Christina Lampl bringt es auf den Punkt: „Die gesunde und klimafreundliche Wahl muss die einfachste sein.“



1,1 Millionen Personen in Österreich

leiden unter moderater Ernährungsarmut – für sie ist es schwierig, sich eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu leisten, und der Lebensmitteleinkauf ist mit Ungewissheiten verbunden.

Biopolitik

Mit dem Begriff beschreibt der französische Philosoph Michel Foucault moderne Formen des Regierens, durch die Bürger:innen dazu angehalten werden, sich selbst und ihre Körper zu disziplinieren. In ihrer schlimmsten Ausprägung werden Menschen dadurch zu „Produktionsmaschinen“ herabgewürdigt.



Ernährungsumgebungen

Der Begriff beschreibt jene gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Einflüsse, die den ernährungsbezogenen Verhaltensprozess des Einkaufens, Kochens und Essens bedingen.

Der effizienteste und wichtigste politische Hebel liegt dabei in der Gemeinschaftsverpflegung, von Expert:innen wird etwa immer wieder der kostenlose, gesunde und nachhaltige Mittagstisch in Kindergärten und Schulen gefordert. Und tatsächlich gibt es regional durchaus positive Entwicklungen in diese Richtung. Seit 2023 ist in Wien das Mittagessen in Ganztagschulen für alle Schüler:innen gratis, im Jahr darauf ging die Volkküche Traiskirchen mit dem Ziel: „Allen Kindern ein warmes und gesundes Mittagessen“ in Betrieb.

Auch die Zivilgesellschaft wird aktiv. In vielen Städten entstehen demokratische Ernährungsräte, an denen sich Menschen beteiligen können. Darüber hinaus versuchen diverse Food Coops (Einkaufsgemeinschaften) gemeinschaftlich leistbare und nachhaltige Lebensmittel zu erwerben. Mit dem MILA Mitmachsupermarkt und der Initiative morgenrot (siehe Beitrag S. 33) werden im Jahr 2025 auch wieder genossenschaftlich organisierte Supermärkte in Wien eröffnet – jede:r kann Mitglied und damit Teil des Unternehmens werden. Doch egal in welcher Form man sich engagiert, für Lampl bleibt zentral, das Thema Ernährungsarmut weiterhin ernst zu nehmen. „Auch wenn unsere Studie jetzt ein Jahr her ist und das Thema vielleicht nicht so präsent ist. Es bleibt trotzdem gleich relevant und wird uns auch noch länger beschäftigen. Also laut bleiben und für die Menschen eintreten. Das wäre mein Appell.“ □

Kurzgefasst

Das aktuelle Ernährungssystem führt zu Armut, der Steigerung gesundheitlicher Risiken und diversen Umweltproblemen. Eine soziale und ökologische Ernährungspolitik setzt an den Strukturen an, die für diese Effekte verantwortlich sind. Nur so lässt sich das Recht auf eine gute und nachhaltige Ernährung für alle durchsetzen.

Weitere Informationen



Ernaehrungsrat-wien.at

Klimakiller Aufrüstung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa eine Debatte über Aufrüstung losgetreten, die spätestens seit der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten Fahrt aufgenommen hat. Der Klimaschutz wird dabei hintangestellt. Zeit, das zu ändern. Von NIKOLAUS HEIMERL



Nikolaus Heimerl hat als Forschungsassistent in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien zu den Themen sozial-ökologische Bündnisse, Organizing und Transformationskonflikte gearbeitet.

© Privat

Im Jahr 2024 betragen die Militärausgaben aller EU-Staaten laut Europäischem Rat 326 Milliarden Euro (1,9 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts). Die Europäische Kommission will bis 2030 zusätzlich zu den bisherigen Militärbudgets 800 Milliarden Euro für Aufrüstung mobilisieren. Dafür sollen Kredite vergeben und Militärausgaben von den EU-Schuldenregeln ausgenommen werden.

Auch Österreichs Regierung befürwortet diese Pläne. Laut Regierungsprogramm sollen die Militärausgaben bis 2032 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Das entspricht knapp vier Prozent der Staatsausgaben und bedeutet eine Verdreifachung gegenüber 2023–2026 soll das Militärbudget erstmals fünf Milliarden Euro überschreiten. Zusätzlich will man mehr Berufssoldat:innen und Grundwehrdiener:innen durch bessere Bezahlung und Kampagnen in Schulen und Medien rekrutieren.

Was bedeutet Aufrüstung für das Klima?

Die Studie „Climate Crossfire“ des niederländischen Transnational Institute zeigt, dass Aufrüstung ein echter Klimakiller ist. Schon jetzt ist das Militär nach vorsichtigen Berechnungen für 5,5 Prozent der weltweiten klimaschädlichen Emissionen verantwortlich – wäre das globale Militär

ein Land, wäre es der viertgrößte Verschmutzer weltweit. Produktion und Betrieb von Panzern, Flugzeugen und Waffen verursachen immense Emissionen, die sich kaum reduzieren lassen. Da militärisches Gerät oft eine Lebenszeit von 30 bis 40 Jahren hat, besiegeln aktuelle Beschaffungen jahrzehntelange Klimaschäden.

Bereits im Jahr 2024 waren in Österreich allein für Investitionen Ausgaben von 1,2 Milliarden Euro geplant, die 29 Prozent des gesamten Militärbudgets ausmachen. Diese Neubeschaffungen beinhalten unter anderem gepanzerte Fahrzeuge, Waffensysteme und Luftfahrzeuge. Mit dem „Aufbauplan 2032+“ will die Regierung bis 2032 weitere 17 Milliarden Euro in Neubeschaffungen investieren. Das Sicherheitsdilemma wird durch die Aufrüstung nicht gelöst. Es ist ein bekanntes Problem, dass die Aufrüstung der einen Seite auf der anderen Seite sogleich als Bedrohung wahrgenommen wird. Dadurch entsteht eine Aufrüstungsspirale, die letztlich Unsicherheit erhöht und Kriege wahrscheinlicher macht.

Statt Autos: Züge oder Panzer?

Und die Aufrüstung bringt weitere strukturelle Probleme. Wenn wir die Lebensgrundlage der Vielen erhalten wollen, braucht es einen raschen sozialen und ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft. Dafür wäre es notwendig, dass Unternehmen in der stark kriselnden Automobilindustrie ihre Produktion beispielsweise auf Schienenfahrzeuge und E-Busse umstellen. Während vor kurzem noch über den ökologischen Umbau von Teilen der Automobilindustrie diskutiert wurde, dient die Aufrüstung jetzt als willkommener Kon-



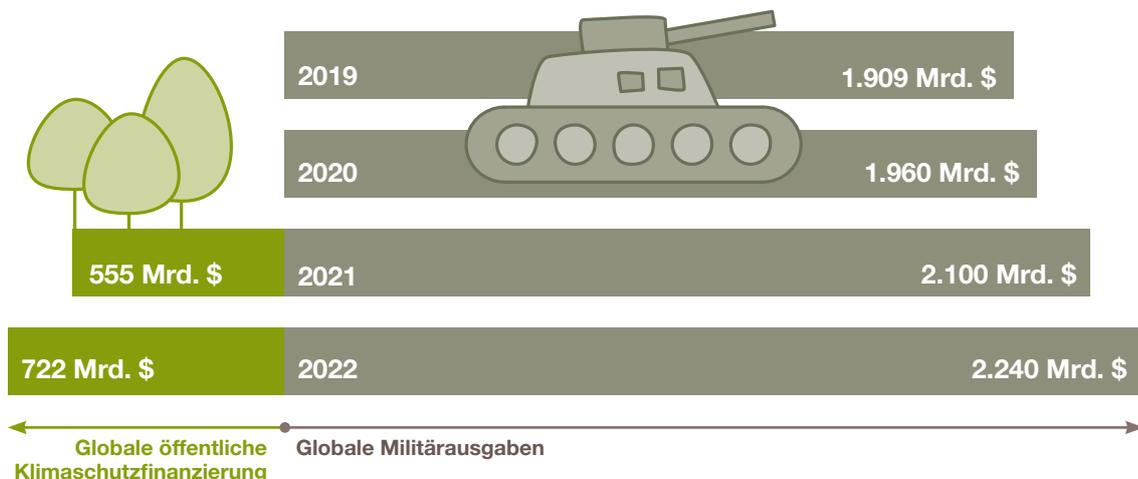
326 Mrd. Euro

betragen 2024 die Militärausgaben aller EU-Staaten laut Europäischem Rat

Globale öffentliche Finanzierung für Klimaschutz und Klimaanpassungen gegenüber den Militärausgaben pro Jahr

Quellen: Klimaschutzausgaben: Climate Policy Initiative „Global Landscape of Climate Finance 2024“
Globale Militärausgaben: Transnational Institute „Climate Crossfire“

Schon vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stiegen die weltweiten Militärausgaben jährlich, während die geringeren Klimaver-sprechen teilweise nicht eingehalten wurden. Im Jahr 2022 wurden 2.240 Mrd. \$ für die Armeen der Welt bezahlt. Für den Klimaschutz wurde nicht einmal ein Drittel davon ausgegeben.



Kurzgefasst
Statt in Klimaschutz und soziale Sicherheit zu investieren, werden EU-weit viele Milliarden für Aufrüstung mobilisiert – auch in Österreich. Dabei ist Aufrüstung ein echter Klimakiller und das Militär verursacht jetzt schon 5,5 Prozent der weltweiten Emissionen. Nachhaltige Sicherheit braucht zivile Konfliktbearbeitung und Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau.

junkturmotor. Die Auftragsbücher in der Rüstungsindustrie sind voll. In Deutschland übernehmen Rüstungskonzerne Fabriken, in denen bisher Autoteile hergestellt wurden. Im sächsischen Görlitz sollen sogar in einem bisherigen Eisenbahnwerk künftig Panzerteile produziert werden.

Doch nachhaltig sind diese Jobs nicht. Zum einen, weil die Produktion klimaschädlich ist, zum anderen ist klar, dass diese Arbeitsplätze langfristig nur erhalten werden können, wenn die Aufrüstung immer weitergeht und schlimmstenfalls im Krieg endet. Eine gefährliche Entwicklung, sowohl wegen des Sicherheitsdilemmas als auch aus ökologischen Gründen, weil die Chance auf den notwendigen Umbau verspielt wird.

Der soziale und ökologische Umbau braucht aber eine öffentliche Finanzierung. Im Namen der Budgetkonsolidierung werden derzeit Kürzungen beim Sozialstaat vorangetrieben, obwohl sich viele Menschen aufgrund der Preiserhöhungen der letzten Jahre den Alltag kaum noch leisten können. Die Finanzierung ökologischer Maßnahmen gilt also wegen des Budgetdefizits als unmöglich, während gleichzeitig die EU-Schuldenregeln für Militärausgaben gelockert werden und Deutschland sogar Rüstungsausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, künftig nicht mehr als Ausgaben im Sinne der Schuldenbremse zählt.

Die europäischen NATO-Staaten sind Russland in fast allen Waffengattungen eines konventionellen Landkrieges weit überlegen.

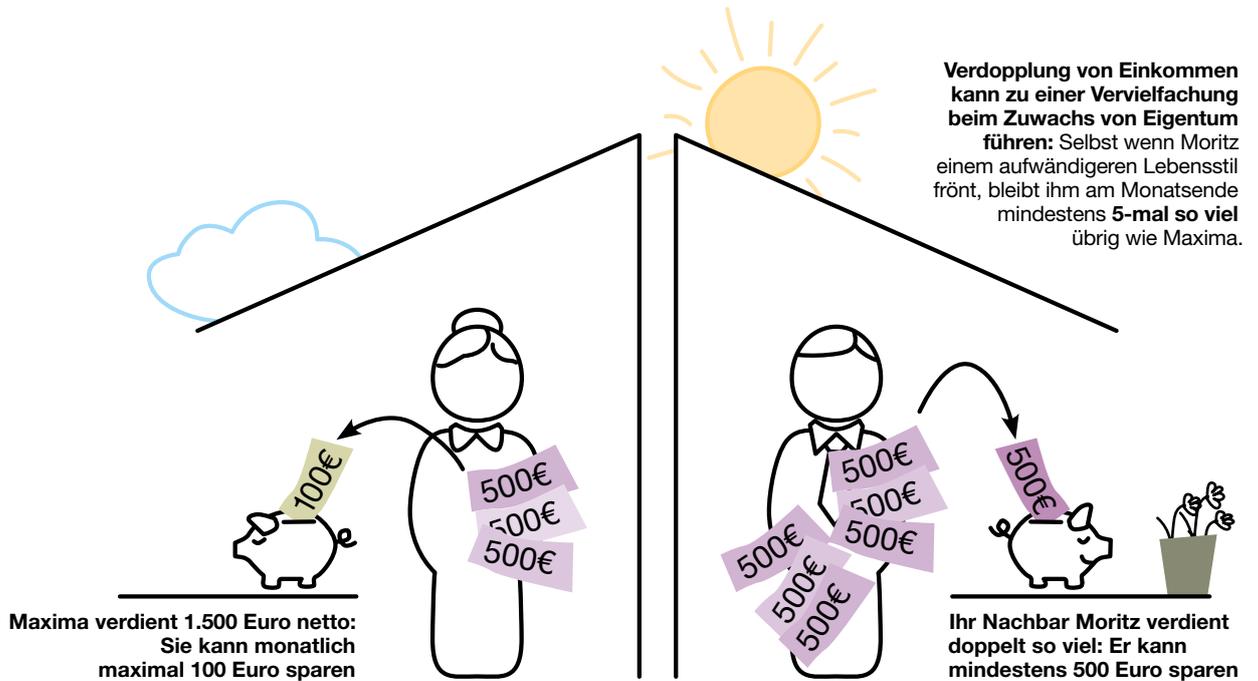
Der Soziologe Klaus Dörre stellt fest, dass „in Sachen Aufrüstung alles möglich scheint, was für die zivile Marktwirtschaft nicht gelten soll – großzügige Finanzierung um den Preis eines wach-

senden Staatsdefizits, langfristige Planung, staatliche Abnahmegarantien und eine bewusste Monopolisierung, die Marktmechanismen verzerrt.“

Was also tun?

Nun könnte man entgegnen, dass Aufrüstung trotz Klimaschäden notwendig sei, falls Russland einen EU-Staat angreifen sollte und die Unterstützung der USA ausbleibt. Eine Aufbereitung der Friedrich-Ebert-Stiftung von Daten des International Institute for Strategic Studies aus dem Jahr 2023 zeigt, dass allein die europäischen NATO-Staaten Russland in fast allen Waffengattungen eines konventionellen Landkrieges weit überlegen sind. Sie verfügen über wesentlich moderneres Gerät und etwa viermal so viele Hubschrauber, dreimal so viele Schützen- und Kampfpanzer sowie doppelt so viel (Raketen-)Artillerie und Kampfflugzeuge. Lediglich bei den Flugabwehrraketensystemen hat Russland etwa doppelt so große Kapazitäten.

Wenn der soziale und ökologische Umbau gelingen soll, muss die Logik der Aufrüstung durchbrochen werden. Thomas Roithner, Friedensforscher an der Universität Wien, sieht eine Verengung der sicherheitspolitischen Debatte auf das Militärische. Um Frieden zu sichern, brauche es stattdessen Krisenprävention durch zivile Konfliktbearbeitung und diplomatische Bemühungen. Dies wäre auch im Sinne eines guten Lebens innerhalb planetarer Grenzen dringend notwendig. Das Geld, das nach den Plänen der Regierungen in Aufrüstung gesteckt werden soll, müsste stattdessen in den sozialen und ökologischen Umbau fließen. Denn soziale Absicherung und Klimaschutz sind der einzige Weg aus der multiplen Krise. □



Viel zu viel und viel zu wenig – Auf der Suche nach Gerechtigkeit

Nicht nur das Klima neigt zu Extremen, wenn es aus dem Gleichgewicht gerät. Auch für Gesellschaften sind große Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten nicht nur ein moralisches Problem, sondern wirken als echter Sprengstoff. Es geht um viel: Klimaschutz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Von HEINZ HÖGELSBERGER



Heinz Högelsberger ist in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr für den öffentlichen Verkehr zuständig.

© Markus Zahradnik

Ob Einkommen, Konsum, Mobilität oder Ressourcenverbrauch, überall spalten sich die Gesellschaften in jene, die Überfülle genießen, und jene, die zunehmend unter Knappheit leiden. Die Entwicklung zu Extremen folgt keinen Naturgesetzen, sondern ist das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen.

Vor mehr als einem Jahrzehnt sorgten bereits die beiden Epidemiolog:innen Richard Wilkinson und Kate Pickett mit ihrem Buch „Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ für Furore. In jahrelanger Arbeit haben sie empirische Daten gesammelt und ausgewertet, anhand derer sie den Einfluss der Ungleichheit auf eine Vielzahl von sozialen Problemen untersuchen. Die geistige und körperliche Gesundheit, Drogenkonsum, Lebenserwartung, Übergewicht, Bildung, Teenager-Schwän-

gerschaften oder Verbrechensrate: All diese Phänomene hängen statistisch eindeutig davon ab, wie ungleich die Einkommen und somit die Chancen in einer Gesellschaft verteilt sind.

Unvernünftig hohe Einkommen

Ab einem gewissen Niveau ist es nicht mehr die Höhe des Durchschnittseinkommens, durch die das Leben der Menschen verbessert wird, sondern die Verteilung der Einkommen steigert das allgemeine Wohlergehen. Das Frappante daran: In egalitären Staaten geht es auch den Reichen besser! So führt eine schwedische Millionärin ein entspannteres und gesünderes Leben als ein reicher Brasilianer, der sich vor Entführungen fürchten muss und sich in einem bewachten Wohlstandsghetto („gated community“) verschanzt. Diesen Unterschied hat auch der österreichische Bauunternehmer Hans-Peter Haselsteiner erkannt. Er kann sich durchaus neue Steuern für

„Gerade den G'stopften sollte der soziale Friede etwas wert sein.“

Bauunternehmer Hans-Peter Haselsteiner zur stärkeren Besteuerung von Wohlhabenden

Wohlhabende vorstellen: „Gerade den G´stopften sollte der soziale Friede etwas wert sein.“ Als Privilegierter sei er auf Stabilität und Sicherheit im Land angewiesen. „Unvernünftige Einkommen rechtfertigen unvernünftige Steuersätze“, lautet sein langjähriges Credo.

Aber auch beim Umweltverbrauch und -schutz stehen gerechte Gesellschaften besser da. Hier wirken zwei Mechanismen: Zum einen erspart man sich die Eskapaden der Superreichen, die sich „just for fun“ in den Weltraum schießen lassen und mit Privatjets und Luxusyachten unterwegs sind. Zum anderen gilt der Lebensstil der Wohlhabenden als nachahmenswert, weshalb viele Menschen bei Konsumgütern und Statussymbolen mithalten wollen und zu unökologischem Verhalten angespornt werden. In Wien sinkt beispielsweise seit Jahren der Motorisierungsgrad und liegt derzeit bei 363 PKW pro 1.000 Einwohner:innen. In keinem anderen Bundesland ist er so niedrig. Gleichzeitig steigt unter den verbleibenden Autos der Anteil der SUVs stark an.

Angleichung der Lebenschancen

Die gleiche Diskrepanz ist bei der Bildung zu beobachten, wo sowohl die Zahl der Akademiker:innen als auch die der funktionalen Analphabet:innen zunimmt. Das Anwachsen der Extreme findet sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und zeigt sich auch bei Textilien, der Gastronomie, den Lebensmitteln oder anderen Konsumgütern: Die Mitte bricht weg, während Billigwaren ebenso boomen wie Luxusartikel.

Unterschiede bei den Einkommen potenzieren sich zu Unterschieden beim Eigentum. Das zeigt das Rechenbeispiel mit den beiden hypothetischen Singles Maxima und Moritz (siehe Grafik): Was hier im Kleinen gezeigt wird, funktioniert bei Milliardären natürlich noch viel stärker. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem führt – wenn nicht gegensteuert wird – zu steigender Ungleichheit. In der Nachkriegszeit gab es für wenige Jahrzehnte eine aktive Politik zur Angleichung der Lebenschancen. Dies war wohl auch dem Systemwettbewerb mit den sozialistischen Staaten geschuldet. Doch seit drei Jahrzehnten nimmt die Ungleichheit wieder dramatisch zu. Das belegen die bahnbrechenden Arbeiten der Ökonomen Thomas Piketty und

Branko Milanović. Anfang des Jahres 2025 zeigte eine Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam, dass das Vermögen der Superreichen immer schneller wächst. So gibt es weltweit inzwischen 2.769 Milliardär:innen und allein im vergangenen Jahr kamen 204 neue dazu. Gleichzeitig stagniert die Zahl der Menschen, die unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze leben.

Eine neue Gefahr: Cyberfaschismus

Spaltung und Polarisierung sind Sprengstoff für die Gesellschaft und eine Gefahr für die Demokratie. Wohlhabende und Konzerne haben stets versucht, mittels Parteispenden und Lobbying Gesetze in ihrem Sinne zu beeinflussen oder öffentliche Aufträge zu erhalten. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, auch in Österreich, belegen dies. Aber dann kam Trump: Die Machtfülle, die dem Multimilliardär Elon Musk in den USA ohne jede demokratische Legitimation zugestanden wurde, stellt jedoch eine neue Kategorie dar. Mit einem Kahlschlag möchte Musk einerseits all jene Behörden schwächen, die ihm Probleme machen könnten (Luftfahrtbehörde, Steueramt usw.), und andererseits Finanzmittel einsparen, mit denen dann Steuergeschenke für ihn und andere Oligarchen gegenfinanziert werden können. Analyst:innen bewerten diese Krisenbewältigungsstrategie in den USA als eine neue Form des Faschismus, den sogenannten Cyberfaschismus. Laut dem Politikwissenschaftler Hendrik Wagenaar treten dabei die klassischen Muster wieder hervor: Herabsetzung des Staates, Verachtung von Demokratie, Medien und Rechtsprechung, Diffamierung von Gegner:innen, gesteuerte Massenmobilisierung, territorialer Expansionsdrang (Grönland, Kanada, Panamakanal). Nur diesmal lenkt nicht der Staat die Unternehmen, sondern Unternehmen steuern den Staat.

Diese Entwicklungen sind bedrohlich und müssen bekämpft werden. Die aktuellen Wahlergebnisse in Kanada und Australien zeigen, wie unattraktiv Trumps Politik in anderen Teilen der Welt ist. Immer mehr Menschen wird klar: Wir benötigen ein Mehr an Demokratie und Gerechtigkeit. Und dafür muss aktiv ein Ausgleich zwischen den Extremen gesucht werden. Nur so ist ein „gutes Leben für alle“ innerhalb der planetaren und ökologischen Grenzen möglich. □

Kurzgefasst

Extreme gefährden den sozialen Zusammenhalt. Wenn auf der einen Seite mehr Reichtum angehäuft wird, als jemals konsumiert werden kann, und auf der anderen Seite die Armut steigt, dann geraten Gesellschaften aus dem Gleichgewicht. Belege für das Abgleiten ins „viel zu viel“ und „viel zu wenig“ finden sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen.



Leseempfehlung:

Oxfam-Bericht zu Einkommensunterschieden und der Macht der Milliardäre.



Das Schnellbussystem in Salzburg

Eine Studie belegt das Potenzial einer Schnellbuslinie für die Landeshauptstadt Salzburg, um eine effiziente Bewältigung der Verkehrsströme in der Stadtregion zu erreichen.

Von HARALD FREY



Harald Frey arbeitet am Institut für Verkehrswissenschaften der Technischen Universität Wien im Forschungsbereich für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik.

© S. Huger

Viele Wege in Salzburg werden nach wie vor mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zurückgelegt, eine attraktive und leistungsfähige Achse im öffentlichen Verkehr (ÖV) wäre eine sinnvolle Ergänzung. Aktuell pendeln täglich rund 54.000 Erwerbsspendler:innen in die Stadt ein und 24.000 Personen aus. Bis zum Jahr 2040 wird von einem moderaten Bevölkerungswachstum im Raum Salzburg Stadt, Anif und Hallein ausgegangen. Dies bedeutet eine Bevölkerung von rund 190.843 Personen und rund 600.000 Wege pro Tag in diesem Gebiet. Die Wohnbevölkerung der Stadt Salzburg hat im Jahr 2022 16 Prozent ihrer Wege mit dem ÖV und rund 37 Prozent mit dem MIV zurückgelegt. Das Fahrrad spielt im innerstädtischen Verkehr bereits eine zentrale Rolle, rund 23 Prozent der Wege werden damit zurückgelegt, während die Entwicklung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Stadtverkehr noch Steigerungspotenzial aufweist.

Mit einer durchgehenden Priorisierung des Schnellbussystems kann eine Gesamtreisezeit von rund 30 Minuten zwischen Hallein und Salzburg Hauptbahnhof erreicht werden.

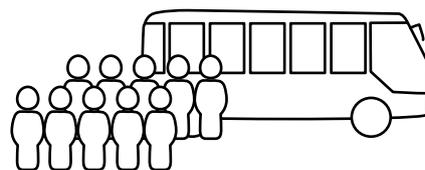
Die Stadt Salzburg verfügt über ein Liniennetz im ÖV, das mit über 40 Buslinien weite Teile des Stadtgebietes abdeckt. Im Südraum verbinden fünf Korridore mit unterschiedlichen Strecken Stadt und Umland. Neben der S-Bahn bilden die Buslinien ein wichtiges Rückgrat. Auf der Südachse führt parallel zur Buslinie 170 die S-Bahn auf der östlichen Seite der Salzach von Hallein zum Hauptbahnhof. Die Verbindungen in Richtung Süden nach Anif und Hallein weisen derzeit je nach Verkehrsmittel Reisezeiten zwischen 16 und 37 Minuten und ein durchschnittliches Intervall von 30 Minuten auf. Obwohl entlang der Buslinie 170 schon abschnittsweise Busspuren bestehen, kann es insbesondere zu Stoßzeiten aufgrund des hohen

Kfz-Verkehrsaufkommens zu Verspätungen und Fahrplanabweichungen kommen.

Eigenschaften von Schnellbussystemen

Die Funktionalität von Schnellbussystemen (Bus Rapid Transit (BRT)) hängt von unterschiedlichen Rahmenbedingungen ab. Generell sollten alle Verzögerungen, die sich durch eine geteilte Infrastruktur mit anderen Verkehrsmitteln ergeben, so weit wie möglich reduziert werden. Dazu sind eigene Busspuren und eine klare Priorisierung der Busse bei Ampeln und Engstellen erforderlich.

Die Vorteile von Schnellbussystemen liegen vor allem darin, dass die bestehende Straßeninfrastruktur mitgenutzt werden kann. Auf Grund einer anpassbaren Streckenführung sind kurze Zugangswege zu den Haltestellen möglich. Dies führt zu vergleichsweise geringeren Bau- und Betriebskosten. Im Vergleich zu Bahnhaltstellen sind jedoch die Wartebereiche von Busachsen entlang höherrangiger Straßen aufgrund des Kfz-Verkehrsaufkommens weniger attraktiv und schienengebundene Systeme bieten meist einen besseren Fahrgastkomfort. Die attraktive Gestaltung der Zugangswege zu den Haltestellen ist deshalb für den Rad- und Fußverkehr entscheidend, weil sie die Verkehrsmittelwahl wesentlich beeinflusst.



10.000 Fahrgäste pro Tag

könnte das Potenzial der Salzburger Schnellbuslinien betragen.



Quelle: Frey, H., Schindler, P., Knöchl, A.: Potenziale für den öffentlichen Verkehr durch Busspuren von Salzburg Hauptbahnhof bis Hallein. Erstellt im Auftrag der Arbeiterkammer Salzburg, Wien (2024).

Kurzgefasst

Entlang des Korridors vom Salzburger Hauptbahnhof bis Hallein wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Salzburg die Machbarkeit einer Schnellbusverbindung geprüft. Neben der Auswahl einer geeigneten Trasse wurden die Fahrgastpotenziale berechnet und notwendige Begleitmaßnahmen für ein leistungsfähiges, die Stadtgrenze überschreitendes Schnellbussystem untersucht.

Trassenauswahl und Bewertung

In der Studie wurden verschiedene Trassenvarianten für Schnellbusse im Korridor Salzburg Stadt bis Hallein untersucht. Die ausgewählte Trassenführung zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungs- und Standortdichte aus und verfügt im bestehenden Straßennetz über die besten Voraussetzungen für den Ausbau der Infrastruktur und den zukünftigen Betrieb eines Schnellbussystems. Damit erfüllt diese Trassenvariante die Voraussetzungen für kurze Fahrzeiten und ein hohes Fahrgastaufkommen. Die Festlegung der Haltestellen orientiert sich dabei an der bestehenden Trasse der Buslinie 170. Es sind 17 Haltestellen geplant, wobei innerhalb der Siedlungsgebiete ein Haltestellenabstand von 600 bis 800 Metern vorgesehen ist.

Mit einer durchgehenden Priorisierung des Schnellbussystems könnte eine Gesamtreisezeit von rund 30 Minuten zwischen Hallein und Salzburg Hauptbahnhof erreicht werden. Der Busverkehr wird innerhalb der Stadt größtenteils auf einer eigenen Fahrspur geführt, wobei dem ÖV sowohl an Engstellen als auch an Ampeln Vorrang gewährt wird. Zusätzlich ermöglichen optimierte Haltestellen (so genannte Kaphaltestellen) eine Minimierung der Aufenthaltszeiten an den Haltepunkten.

Ohne Begleitmaßnahmen liegt das ermittelte Fahrgastpotenzial im Einzugsradius von 1.000 Metern um die Haltestellen bei rund 5.700 Fahrgästen pro Tag und sinkt mit zunehmender Distanz zur Haltestelle. Mit Begleitmaßnahmen kann das Fahrgastpotenzial jedoch deutlich auf bis zu 9.500 Fahrgäste pro Tag entlang der Trasse erhöht werden. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums bis zum Jahr 2040 entlang des ÖV-Korridors erhöht sich das Fahrgastpotenzial für das Szenario mit Begleitmaßnahmen auf rund 10.000 Fahrgäste pro Tag.

Zu den Begleitmaßnahmen zählen unter anderem die Erhöhung der Umfeldattraktivität der Haltestellen, eine Verbesserung der Zugangswege zu den Haltestellen für Fuß- und Radverkehr sowie ein gut abgestimmtes Zubringernetz im öffentlichen Verkehr inklusive bedarfsgesteuerter Systeme.

Wie kann die Umsetzung aussehen?

Die Studie definiert drei Umsetzungsphasen. In Phase 1 werden die Busspuren entlang der Trasse erweitert und ein 30-Minuten-Takt eingeführt. Phase 2 beinhaltet den Umbau der Haltestellen zu Kaphaltestellen sowie die Optimierung der Ampelschaltungen. Phase 3 sieht die Umstellung auf einen 15-Minuten-Takt und den Einsatz neuer, umweltfreundlicher Fahrzeuge vor.

Eine Ausdehnung des Schnellbusbetriebs ist auch auf die Autobahnkorridore A10 und A1 rund um die Stadt Salzburg möglich und könnte damit die Verbindungsqualität im ÖV entlang des Nord-Süd-Korridors weiter verbessern. Erste Praxistests eines Busbetriebs mit Haltestellen auf Autobahnen werden bereits erfolgreich in Graz durchgeführt. □



© Kunst Haus Wien | Michael Goldgruber

Gutes Klima

Arbeitszeitverkürzung Autor:innen aus den unterschiedlichsten Bereichen erklären, warum „kürzer arbeiten“ gut für Gesellschaft und Klima ist. Auf Basis des wachsenden Wertewandels, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem bei jüngeren Beschäftigten vollzogen hat, werden verschiedene Modelle der Arbeitszeitverkürzung und die daraus abgeleiteten positiven Folgen für Mensch und Klima vorgestellt. Die Bandbreite reicht dabei von einer wöchentlichen Arbeitszeit von vier Stunden bis zu 32-Wochenstunden-Modellen, zumeist bei vollem Lohnausgleich und entsprechender Personalaufstockung. Die dahinterliegenden Ideen und Rahmenbedingungen werden nachvollziehbar erörtert und begründet. Interessant sind die unterschiedlichen Zugänge zur Frage der Arbeitszeitverkürzung. Mal liegen die Gründe in mehr Freizeit und Erholung für Lohnabhängige, mal geht es um Klimaschutz, da erst durch mehr arbeitsfreie Zeit ein nachhaltiger ökologischer Lebensstil etabliert und auch tatsächlich gelebt werden kann. Auch Genderaspekte der Erwerbsarbeit werden beleuchtet und der Wert von Haus- und Sorgearbeit sowie unbezahlter Ehrenämter analysiert und mit der Forderung verbunden, diese gesellschaftlich und monetär aufzuwerten. Schlussendlich münden sämtliche Überlegungen in die klare Forderung nach einem Wandel des arbeitsmarktpolitischen Leitbilds. **PR**

Weniger Arbeiten, mehr Leben! – Die neue Aktualität von Arbeitszeitverkürzung
Margareta Steinrücke,
Beate Zimpelmann (Hrsg.)
VSA: Verlag 2024

Gespräche über Gleichheit

Dialog Der Ökonom Thomas Piketty und der Philosoph Michael J. Sandel treffen sich, um über Gleichheit und Gerechtigkeit zu sprechen. Sie beraten über progressive Steuern, klare Grenzen für Reichtum und Märkte sowie die Würde der arbeitenden Menschen. Daraus ist ein leicht zugängliches Buch und ein gelungener Beitrag zur Ungleichheits-Debatte entstanden. Es wird nicht mit Kritik an linken Parteien gespart, die in der Vergangenheit die Deregulierung des Finanzmarktes kritiklos fortgeführt und damit die neoliberale Wende abgesegnet haben. Die Linke müsse nicht nur die aktuelle Organisation der Wirtschaft infrage stellen, sondern sich auch der Kämpfe um Arbeitsplatzverlust, Wohnen oder Wettbewerb intensiv annehmen. Auf circa 150 Seiten diskutieren die beiden Wissenschaftler die weitreichende Ungleichheit unserer Gesellschaft und die noch zu führenden Kämpfe für eine gerechtere Welt. Die gute Nachricht: Viele politische Kämpfe der Vergangenheit wurden gewonnen. Warum sollte das nicht auch in Zukunft gelingen?

ALEXANDER EIGNER

Die Kämpfe der Zukunft – Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert
Thomas Piketty, Michael J. Sandel

C.H. Beck (2025)

Abrufbar unter:
www.thebookonfire.podbean.com/

Antimaterie in Bewegung

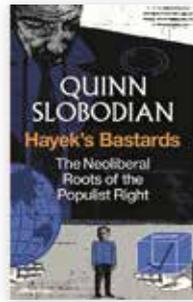
Vergnügte Produktionskritik „Lachen statt in Schockstarre zu verfallen“ – das ist die Devise der brasilianisch-israelischen Künstlerin Mika Rottenberg. Ihre breit angelegte Werkschau Antimatter Factory, die noch bis Anfang August im Kunst Haus Wien zu sehen ist, zeigt Arbeiten aus den Jahren 2003 bis heute. Rottenberg setzt sich in ihrer Kunst intensiv mit Produktionsprozessen und Materialnutzung auseinander und ermöglicht ihrem Publikum einen zugespitzten Blick auf die Spielarten globaler Massenfertigung. Mika Rottenbergs außergewöhnliches Kunst-Universum lebt von ihrer humoristischen und lustvollen Beschäftigung mit Materialien aller Art. „In Materie, insbesondere in Plastik, ist viel Energie gefangen. Ich liebe es, über Materialien und Umgebungen als fühlende Wesen nachzudenken, als Dinge, mit denen wir Beziehungen eingehen“, sagt sie. Eben diese Materialbeziehungen ermöglichen den lebendigen Zugang zu ihrem Schaffen. Zu sehen sind neben witzigen Videoarbeiten großzügige, farbintensive Installationen und kinetische Skulpturen aus von der Künstlerin aufbereiteten Altstoffen. Ein kunst- und humorvoller philosophischer Blick auf das Verhalten von Verbraucher:innen im hyperkapitalistischen Konsumsystem. **JS**

Antimatter Factory
Mika Rottenberg

Kunst Haus Wien
bis 10.08.2025
<https://www.kunsthauswien.com/de/>



© morgenrot



© EODS | Lucky Lugogwana

Supermarkt mit Anspruch auf Veränderung

Guter Konsum Lässt sich eine Transformation im Lebensmittelsystem zivilgesellschaftlich anstoßen? Diesen Anspruch stellt die genossenschaftlich organisierte Initiative morgenrot. Am 9. Mai eröffnete sie ihre erste Supermarktfiliale am Dornierplatz in Wien Hernals. Über die Genossenschaft sind sowohl Produzent:innen als auch Konsument:innen organisiert und alle Beteiligten werden in die Entscheidungen eingebunden. Konsument:innen können aktuell etwa 2500 verschiedene Produkte für den täglichen Bedarf erwerben. Im Unterschied zu vielen anderen Initiativen hat morgenrot dezidiert das Ziel, eine komplexe Logistik aufzubauen, weitere Filialen zu eröffnen und somit auch eine Alternative zu den großen Lebensmittel-Einzelhändlern für breite Bevölkerungsschichten zu bieten. Den Anfang macht nun der Supermarkt am Dornierplatz.

MAX SCHWARZENBACHER

Infos unter:
www.morgenrot.wien.

Schlechte Herkunft

Ökonomie In seinem neuen Buch zeigt der kanadische Historiker Quinn Slobodian, dass zentrale Strömungen der extremen Rechten nicht aus einer Gegenbewegung zum Neoliberalismus entstanden sind, sondern genau in dieser neoliberalen Ideentradition fußen. Nach dem Kalten Krieg begannen Neoliberale, soziale Ungleichheit nicht mehr als Nebeneffekt des Marktes, sondern als Ausdruck natürlicher Unterschiede zu deuten. Statt mit Wachstum argumentierten sie zunehmend biologisch oder kulturell, wie es etwa Charles Murray tut, der Intelligenzunterschiede als Ursache sozialer Hierarchien sieht. Slobodian erkennt darin eine ideologische Verschiebung, die er als „New Fusionism“ bezeichnet und die rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften den Weg ebnete. **LW**

Hayek's Bastards
Quinn Slobodian
Princeton University Press (2025)

Vom Wolkenfischen und durstigen Städten

Naturschutz „Waterpressure“ heißt die umfangreiche Ausstellung im MAK, die sich in fünf Kapiteln mit der Ressource Wasser auseinandersetzt und Gestaltungsstrategien für eine Welt zwischen Wasserknappheit und -überfluss zeigt. Das Kapitel „Ökosysteme“ präsentiert praxisnahe Lösungsansätze, um ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur wiederherzustellen, so etwa den „Cloudfisher“, einen Nebelkollektor, mit dessen Hilfe abgelegene Bergregionen Marokkos mit Trinkwasser versorgt werden können. „Körper und Wasser“ geht der Verteilungsgerechtigkeit von Trink- und Brauchwasser auf den Grund und denkt über nachhaltige Ansätze für die Grundversorgung nach. Antworten auf wasserintensive Produktionsprozesse in der Industrie finden sich im Kapitel „Unsichtbares Wasser“. „Durstige Städte“ untersucht Ansätze zur Bewältigung der Wasserkrise von Großstädten rund um die Welt. Abschließend werden unter „Wassergeschichten“ Exponate gezeigt, die die Beziehung Mensch und Wasser weltweit über die Jahrtausende hinweg dokumentieren und Gestaltungsgrundlage für die Zukunft bieten. Wer sich durch die beeindruckende Vielfalt der umfassend aufbereiteten Recherchebeiträge und Lösungsansätze durchgearbeitet hat, darf sich Expert:in nennen! **JS**

Water Pressure.
Gestaltung für die Zukunft

MAK – Museum für angewandte Kunst
bis 07.09.2025

<https://www.mak.at/waterpressure>

Die gute Nachricht zum Schluss

Bessere Luft rettet Leben und steigert das Wohlbefinden - das bestätigen jetzt mehrere Studien in belgischen Großstädten und in London. Belgische Forscher:innen konnten nachweisen, dass in Städten mit Umweltzonen beispielsweise der Bedarf an Diabetes- und Herzmedikamenten sinkt. Aber auch die Psyche profitiert. In der im Juni im Journal of Economic Behavior & Organization veröffentlichten Studie „And Breathe Normally: Impacts of low emission zones on sick leave and mental well-being“ kommt ein Team der Universität Bath zu dem Ergebnis, dass die Bewohner:innen der Londoner Umweltzonen (Low Emission Zones und Ultra-Low Emission Zones) produktiver sind und sich seltener krankmelden. Die Menschen sind glücklicher, zufriedener, entwickeln ein größeres Selbstwertgefühl und haben weniger Angst. **FJ**

Mehr Infos hier:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167268125001143#aep-article-footnote-id1>

Freie Seen für alle – Wie erreichen wir in Österreich mehr öffentlichen Seezugang?

Seeufer frei statt ewig verpachtet! – sollte das Motto all jener sein, die sich für den freien Seezugang einsetzen möchten. Viele Seen in Österreich gehören (in-)direkt dem Bund oder den Ländern. Dennoch ist der freie Zugang zu den Seen meist auf wenige Flächen beschränkt und nur allzu oft sieht man rund um die Seen Schilder mit der Aufschrift „Privat – Zugang verboten“.

Was auf den ersten Blick als Privatgrundstück erscheint, ist es aber oftmals nicht. Meist handelt es sich um Pachtflächen, die Privatpersonen von den Österreichischen Bundesforsten oder beispielsweise vom Bundesland Salzburg gepachtet haben. So haben einige wenige ein privates Badevergnügen, die öffentliche Hand Einnahmen, während die meisten sich auf den wenigen freien Plätzen drängen.

Seen in öffentlicher Hand müssen zugänglich sein – statt Pachtverträge zu verlängern, braucht es mutige politische Entscheidungen.

In Salzburg verpachtet das Land rund 680 solcher Flächen an Private. Diese Pachtverträge laufen über 10 Jahre und werden meist ohne große Diskussion verlängert.

Auch die Österreichischen Bundesforste verpachten etliche Flächen mit ähnlichen Verträgen an Privatpersonen. Gerade diese Flächen wären der einfachste Weg zu mehr öffentlichem Seezugang. Die Pachtverträge sollten nach Ablauf nicht mehr verlängert werden. Der Seezugang gehört hier neu geregelt. Es braucht ein Konzept, wie die Flächen für alle frei zugänglich gemacht werden können.

Der freie Seezugang muss dabei klare Priorität in der Politik haben. Dazu benötigt man einen klaren gesetzlichen Rahmen auf Landes- und Bundesebene. Auch wenn dadurch keine neuen großen Liegeflächen entstehen, können ein Rundwanderweg und einige Meter breiter Uferstreifen den See für alle zugänglicher machen.

Öffentlicher Seezugang ist ein berechtigtes Anliegen – und angesichts der Besitzverhältnisse an den heimischen Gewässern auch eine Herausforderung. Denn die meisten Uferflächen in Österreich sind historisch gewachsenes Privateigentum, das nicht ohne weiteres öffentlich nutzbar ist. Die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) leisten hier einen entscheidenden Beitrag: Sie betreuen 74 größere Seen nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit – das bedeutet, Naturschutz, Wirtschaftlichkeit und öffentlicher Zugang werden zusammen gedacht.

Den Bundesforsten gehört an den Seen meist der Seegrund. Klassische Seeufergrundstücke befinden sich nur wenige in ÖBf-Besitz. Schon heute stehen rund 350.000 m² der ÖBf-Uferflächen für die öffentliche Nutzung zur Verfügung, darunter über 50 Naturbadeplätze, aber auch Parks und Promenaden. Manche ÖBf-Uferflächen eignen sich aber nicht für einen freien

Die Bundesforste setzen sich konsequent für die Verbesserung öffentlicher Seezugänge ein.

Seezugang, da sie beispielsweise nicht über öffentliche Wege erreichbar sind, zu klein ausfallen oder es an der notwendigen Infrastruktur fehlt. Wo immer möglich, kaufen wir gezielt Ufergrundstücke an, um Naturflächen am See für die Republik zu sichern und den Seezugang zu erweitern. Jüngste Beispiele gibt es am Wörthersee, am Weißensee oder in Schörfling am Attersee, wo auf 13.000 m² ein attraktives Erholungsareal am See für alle entstehen soll.

Wenn wir über freien Seezugang sprechen, müssen wir in Zukunft noch ganzheitlicher denken: Es geht nicht nur darum, wo man ans Wasser gelangt, sondern wie. Zu wenig öffentliche Verkehrsmittel, überlastete Straßen, fehlende Parkplätze und steigender Nutzungsdruck zeigen, dass es abgestimmter Konzepte bedarf. Auch dem Naturschutz müssen wir dabei großes Augenmerk widmen. Das kann nur im Schulterschluss von Gemeinden, Ländern und allen Beteiligten gelingen. Wir werden jedenfalls weiterhin unseren Beitrag leisten.

Bernhard Baldinger ist Referent für Wohnen, Raumordnung und Umwelt in der Arbeiterkammer Salzburg.

© Bernhard Rieger/AK Salzburg



Claudia Nutz ist Bereichsleiterin für „Immobilien, Tourismus und Wasser“ bei den Österreichischen Bundesforsten und verantwortet unter anderem die nachhaltige Bewirtschaftung der Seen.

© ÖBf_D.Bohmann

Gesellschaftskritische Wissenschaft



Verkehr und Infrastruktur

- 69 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung – Evaluierungsbericht**
Maria Juschten, Martin Hinteregger, Reinhard Hössinger, 2022
- 70 Rechtsqualität der Auslegungsleitlinien der Kommission zur PSO-Verordnung – Rechtswissenschaftliches Fachgutachten**
Konrad Lachmayer, Jean-Philippe Derosier, 2023
- 71a Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen**
Raffaella Neustifter, Hatun Atasayar, Florian Schneider, Aggelos Soteropoulos, 2024
- 71b Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen – Auswirkungen auf CO₂, Lärm und externe Kosten**
Konstantin Weller, Stefan Hausberger, Heinz Steven, 2024
- 72 Buslenker:innen am Limit – Möglichkeiten der Jobattraktivierung aus Sicht der Beschäftigten in der privaten Autobusbranche in Österreich**
Emma Dowling, Elina Hettich, Max Knapp, Leon Romauch, 2024



Informationen zur Umweltpolitik

- 204 Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur**
Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw tatsächlich?**
A. Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik** Anlassfall Lobautunnel-Entscheid
Werner Hochreiter, 2022
- 207 Dieselskandal – Ein Update** Auswirkungen der Abgasmanipulationen bei Dieselaautos in Österreich
Lydia Ninz, Alexander Holzleitner, 2023
- 208 New genetic engineering – Possible unintended effects** Michael Eckerstorfer, Andreas Heissenberger, 2023
- 209 Daseinsvorsorge 2030** Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen
Michael Getzner, Dragana Damjanovic, Emma Dowling, Hannah Lucia Müller, Leonhard Plank, Alexandra Strickner, Charlotte Damböck, Pauline Evers, Anna Franziska Kalhorn, Tim Pöchhacker, 2024
- 210 Lernen für den Wandel: Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Nachhaltigkeitsstrategie im sozial-ökologischen Umbau** Emma Dowling, Jessica Angioni, Lukas Stani, 2023

Bestellung als Hardcopy unter StudienUV@akwien.at oder PDF-Download: www.arbeiterkammer.at

Transformationsrecht

Dem Recht kommt im sozialen und ökologischen Umbau eine wesentliche Rolle zu. Die gesamtgesellschaftliche Transformation erfordert daher eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit unserem gegenwärtigen Recht und Rechtsverständnis.



juridikum
zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft

juridikum – zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft
<https://www.juridikum.at/>

Wirtschaft & Umwelt
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

┌

└



TOP INFORMIERT

Servicetipps zu Arbeitsrecht, Beruf und Familie oder Konsumentenschutz. Mit dem Newsletter der AK Wien sind Sie immer top informiert.

Hier geht's zur Anmeldung
wien.arbeiterkammer.at/newsletter



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN